

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 24.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile 2,20 Mk. von auswärts 3.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamazeile 7,50 Mk. von auswärts 9.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290

Nr. 27

Mittwoch, den 1. Februar 1922

13. Jahrgang

Der Eisenbahnerstreik beschlossen.

Berlin, 1. Febr. (W.Z.B.) Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten beschloß mit 20 gegen 15 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, in der kommenden Nacht um 12 Uhr in den Streik einzutreten.

Die gestrige Sitzung des Hauptvorstandes der Gewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter verlief außerordentlich stürmisch. Die Oppositionsgruppe, die den Streik verurteilt, bezweifelste das Recht des erweiterten Vorstandes, über die Köpfe der Mitglieder hinweg einen Beschluß zu fassen, der nicht nur für die Beamten selbst die allerschwersten Folgen haben könnte. Nach Ansicht der gemäßigten Beamtenvertreter sei das Angebot der Regierung durchaus annehmbar gewesen. Die Vertreter der Unterbeamten und der Lokomotivführer erklärten dagegen, daß die Zugeständnisse der Regierung unannehmbar seien. Die Debatte, die um 2 Uhr begonnen hatte, wurde gegen 7 Uhr abends so erregt, daß der Vorsitzende die Sitzung auf einige Zeit unterbrach.

Zur Hauptauschüß des Reichstags erklärte Abgeordneter Müller-Frankau (S.), daß die Reichsgewerkschaft von langer Hand alle Vorbereitungen für einen Streik getroffen habe. Keine Partei würde die Verantwortung für die Annahme des Ultimatums, das 50—60 Milliarden Beamtenbesoldungserhöhungen verlange, übernehmen. Vizekanzler Bauer betonte die absolute Unmöglichkeit der Erfüllung des Ultimatums der Reichsgewerkschaft. Jeder verständige und sich seiner Verantwortung voll bewußte Arbeitervertreter müsse sich gegen ein solches Ultimatum auf das Volkswohl wenden. Die Reichsregierung müsse mit allen ihr zur Verfügung stehenden Nachmitteln den ihr aufgezwungenen Kampf aufsuchen.

Zu der Streikabsicht der Reichsgewerkschaft schreibt der „Vorwärts“ u. a.: Das Unternehmen werde, wenn es zur Ausführung gelange, von jedem Standpunkt aus, auch vom gewerkschaftlichen, verworfen werden müssen. Die Eisenbahnbeamten sollten einen Kampf, in dem sie fast alles und alle gegen sich haben, vermeiden. Für berechnete Forderungen, die ohne schwere wirtschaftliche Schädigung der Gesamtheit erfüllbar sind, werde sich die Sozialdemokratische Partei mit aller Entschiedenheit einsetzen. Von der Regierung erwarte sie, daß sie zur Verständigung bereit sein werde mit Beamten, die sich mit ihr verständigen wollen, daß sie sich aber einem Diktat nicht beugen werde.

Die Lösung des Reparationsproblems.

Der vom 30. Januar datierte Begleitbrief, mit dem die Reparationskommission das deutsche Memorandum den alliierten Regierungen übermittelt, erinnert an den Beschluß, den die Kommission am 13. Januar in Cannes gefaßt hat, und fügt hinzu, daß die deutsche Regierung die verlangten Schriftstücke der Reparationskommission hat zugehen lassen. Die letztere überreichte sie den in ihr vertretenen Regierungen und bitte mitzuteilen, ob diese die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen oder sie zur Beschlussfassung an die Kommission zurückzuverweisen beabsichtigen. Das Schriftstück ist unterzeichnet von Dubois und Bradbury.

„Matin“ weist darauf hin, daß nach seiner Kenntnis die englische Regierung eine neue Lösung des Reparationsproblems ins Auge fasse, durch die Frankreich und England zu Opfern verpflichtet würden, die aber ausgeglichen werden sollen durch eine Lösung der Frage der alliierten Schulden, an der sich Amerika beteiligen werde.

Der einsichtige Hohenzollernprinz.

In einem Briefe des früheren deutschen Kronprinzen an den Staatsrechtslehrer Professor Dr. Jörn, der dieses Schreiben dem „Tag“ zur Verfügung gestellt hat, heißt es u. a.: In der jetzigen Zeit schwerster vaterländischer Not dürfe die Frage Republik oder Monarchie überhaupt keine Rolle spielen. Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 habe sich die von dem deutschen Volke gewählte Nationalversammlung zur republikanischen Staatsform bekannt und damit eine Tatsache geschaffen. Jede Staatsform könne heute einem Volk nur zum Segen gereichen, wenn sie sich auf eine von der Mehrheit dieses Volkes gebilligte Verfassung stütze. Es sei deshalb ein Verbrechen, heute in Deutschland Klaffengegenstände zu verschärfen. Die deutsche Arbeiterschaft sei ein Bestandteil des Volks-

ganzen, und keine Staatsform könne sich auf die Dauer halten, die nicht auch von dem Vertrauen der Arbeitermehrheit getragen werde. Daß die Friedensmöglichkeiten nach der Marnechlacht nicht geschäfter ausgenutzt wurden, sei ein Fehler der deutschen politischen Setzung gewesen. Die Frage nach den Schuldigen oder Miteinschuldigen solle man aber endlich verstummen lassen. Der frühere Kronprinz gibt am Schluß seines Briefes der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn ihm die Stunde der Befreiung schlage, für ihn noch Raum in der deutschen Heimat sein werde.

Der frühere Kronprinz war vor dem Kriege der Liebling der Alldeutschen, deren Wohlgefallen sich der sonst harmlose junge Mann durch sein bekanntes „Zimmer feste druff“ erworben hatte. Nach dem Kriege will er jetzt mit der deutschnational-alldeutschen Geopolitik nichts gemein gehabt haben. Sollte der oben mitgeteilte Brief den Tatsachen entsprechen, so dürfte er kaum damit das Wohlgefallen der Deutschmonarchisten erringen. Deren Führerin Käthe Schirmer erklärte schon vor einiger Zeit, daß die monarchistische Wiebergeburt Deutschlands nicht mit diesem Hohenzollernsprößling an der Spitze erfolgen wird, was im übrigen auch unsere Meinung ist.

Rathenau Deutschlands Außenminister.

Berlin, 31. Jan. (W.Z.B.) Der Reichspräsident hat Herrn Dr. Walter Rathenau zum Minister des Auswärtigen ernannt.

Die Ernennung Rathenaus zum Minister für Auswärtiges kann man nur begrüßen. Rathenau, der frühere Leiter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, ist einer der führenden Köpfe der deutschen Industrie, ohne daß er den borniert kapitalistischen Standpunkt einnimmt, wie z. B. Stinnes. Politisch gehört Rathenau zur Demokratischen Partei. Als Wiederbauminister im ersten Kabinett Birts hat er sich große Verdienste um das sogenannte Wiesbadener Abkommen mit Frankreich erworben. Er war ferner Führer der deutschen Delegation in Cannes und hat durch seine geschickte Art mit dazu beigetragen, daß wenigstens bei einem Teil unserer früheren Kriegsgegner eine glünftigere Beurteilung Deutschlands Platz gegriffen hat. Daß er besonders heftigen Angriffen der Rechtsparteien ausgesetzt ist, ist für ihn nur ehrend.

Die Deutsche Volkspartei ist über die Ernennung Rathenaus arg verschmüpft. Ihr Organ „Die Zeit“ meldet:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat gestern abend zu einer Sitzung zusammen. Die Besetzung des Auswärtigen Amtes durch Dr. Rathenau wird in der Fraktion der Deutschen Volkspartei als ein beabsichtigter Vorstoß des Reichskanzlers gegen die von der Fraktion aufgestellten Voraussetzungen für die Zustimmung zum Steuerkompromiß angesehen. Infolgedessen besteht für die Fraktion ansehts der bevorstehenden endgültigen Verhandlung des Steuerkompromißes wiederum volle Handlungsfreiheit.

Die bisherigen Regierungsparteien, Sozialdemokraten und Zentrum nebst den Demokraten haben allein nicht die Mehrheit im Parlament. Die direkte Unterstützung des Kabinetts durch die Unabhängigen ist ungewiß. Ob die Deutsche Volkspartei es auf eine Regierungskrise wird ankommen lassen, bleibt abzuwarten. Sollte die Volkspartei der Regierung ihre Unterstützung entziehen, so würde Reichskanzler Birts wahrscheinlich den Reichstag auflösen und Neuwahlen ausschreiben. Diese Lösung erscheint uns angesichts der Sabotagepolitik der Rechtsparteien als das Geringste.

Blutiger Zusammenstoß in Oberschlesien.

In der letzten Nacht entstand in Petersdorf aus Anlaß der Durchsuchung eines Hauses nach Waffen eine Schießerei zwischen Zivilpersonen und französischen Soldaten. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Wie verlautet, haben die Franzosen 25 Verwundete und zwei Tote zu beklagen. Infolge dieses Vorkommnisses wurde von der interalliierten Kommission der Belagerungszustand über Gleiwitz und Umgebung für die Zeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh verhängt. Von 9 Uhr abends ab müssen die Straßen von Passanten frei sein.

Im Zusammenhang mit dem über Gleiwitz verhängten Belagerungszustand sind die dort erscheinenden Zeitungen unter Zensur gestellt worden.

Die Steuergesetzgebung im Freistaat.

Von Abg. Walter Reek.

Von allen Staatswesen des Deutschen Reiches ist Danzig das einzigste, in welchem das alte preussische Staatseinkommensteuergesetz vom 24. Juni 1901, welches durch die Novelle vom 19. Juni 1906 in einigen Punkten abgeändert wurde noch in Kraft. Als Oberbürgermeister der Stadt Danzig nannte der jetzige Senatspräsident beim dieses Gesetz das „alte gute preussische Staatseinkommensteuergesetz“. Allerdings ist das Gesetz seit Befreiung der Freien Stadt Danzig durch zwei Novellen in einigen Artikeln abgeändert worden. Die wesentlichsten Bestimmungen aus dem alten preussischen Staatseinkommensteuergesetz gelten aber nach wie vor. Die allerschlimmsten Mißstände sind diesem Gesetz durch das Danziger Gesetz vom 27. Juni 1921 entfernt worden. In der Begründung des Gesetzes führt der jetzige Senator der Finanzen, der Geheimrat Volkman, an, daß der Gesetzentwurf vor allen Dingen die organische Weiterentwicklung des Gesetzes in sozialer Hinsicht bezwecken soll. Es soll nach Volkman eine Entlastung der kleineren Einkommen und eine gerechtere Besteuerung der Zahlungsfähigen eintreten. Daher sah denn auch der Artikel 8 des Gesetzes vor, daß derjenige, der ein ganz geringes Einkommen habe, von diesem Einkommen 700 Mark pro Kind steuerfrei haben soll, während derjenige, der ein ganz hohes Einkommen hat, befreit sein sollte, pro Kind 1500 Mk. von diesem Einkommen in Abzug zu bringen. Alle 21 Artikel dieses Gesetzes hatten denselben reaktionären Geist, wie er in dem Danziger deutschnationalen Senat in seiner jetzigen Zusammensetzung bei jeder Gelegenheit sich offenbart. Dieser selbe Senat bestimmte in Gemeinschaft mit der Voreinschätzungskommission denn auch, daß die Besitzer auf dem Lande pro Hektar für den besten Boden 300 Mark Reinertrag Steuern zu zahlen haben, während das Einkommen der Land- und städtischen Arbeiter bis zum allerletzten Pfennig erfaßt wurde.

Wie gerade die besitzenden Klassen und vor allen Dingen die Besitzer auf dem Lande sich um die direkte Einkommensteuer herumzubücken verstanden, ergibt die amtliche Zusammenstellung für das Steuerjahr 1920. Nach dieser amtlichen Liste gab es im Steuerjahr 1920 — 121 512 Steuerpflichtigen im Bereich der gesamten Freien Stadt Danzig. Hiervon versteuerten 118 955 ein Einkommen bis zu 6000 Mark, so daß nur 757 Steuerpflichtigen übrigblieben, die ein Einkommen über 6000 Mark versteuerten. Dem Schreiber dieses ist eine ganze Liste von Landwirten bekannt, die bei einem Viehbestand von 6 Pferden und 18 Kühen 70 Mark Staatseinkommensteuer bezahlen mußten. Andere mit 4 Pferden und 12 Kühen gar nur 16 Mark, während in derselben Gemeinde ein beschlossener Kriegswald, der nur von seiner Hände Arbeit lebte, 92 Mark Staatseinkommensteuer bezahlen mußte. Nach uns gewordenen Mitteilungen soll ja nun mit diesen schamlosen Steuerhinterziehungen für das Steuerjahr 1922 ein Ende gemacht werden. Der Senat hat in Gemeinschaft mit der Voreinschätzungskommission für den Sektor besten Bodens einen Reinertrag zum Zweck der Steuerzahlung von 1600 Mark zugrunde gelegt. Aber selbst dieser Betrag ist viel zu gering und entspricht den heutigen Verhältnissen auf dem Lande nach keiner Richtung hin. Selbst nach Ansicht von einsichtigen Landwirten konnte und mußte der Reinertrag pro Hektar mit mindestens 3000 Mark angesetzt werden. Bisher war es in üblich, daß die Herrschaften auf dem Lande nur höchstens denjenigen Betrag versteuerten, den sie Jahr für Jahr ihrem Vermögenstande als Kapital zuführten, während andererseits der Arbeiter in Stadt und Land, und nicht nur diese, sondern neuerdings auch alle Beamten und Angestellten ihr Einkommen bis auf den letzten Pfennig versteuern mußten.

Um dieser Steuerdrückbergerei ein Ende zu machen, verlangten die Sozialdemokraten im Volkstage und werden dieses auch für die Zukunft stets verlangen, daß die Steuerlisten innerhalb der Gemeinde für jedermann zur Kenntnis ausgelegt werden müssen. Leider wurden diese Anträge von den bürgerlichen Parteien des Volkstages, so oft wie wir sie stellten, abgelehnt. Dem Schreiber dieses gehen fortgesetzt Schreiben aus den Freistaatgemeinden zu, in welchen lebhafteste Klage über die ungerechte Steuerentlastung geführt werden. Aus der Gemeinde Petershagen schreibt uns z. B. ein kleinerer Mann, daß er zu einem Betrag von 561 Mark veranlagt worden sei, der nebenbei ein dauernd unheilbares Magen- und Nervenleiden hat, während ein Besitzer mit 64 kalmischer Morgen Land besten Bodens nur 600 Mark Steuern zu zahlen hat. Inzuezt liegt dem Volkstage eine größere Anfrage vor, wonach auch für das Freistaatsgebiet das Abänderungsgesetz vom 17. Dezember 1921, welches der Deutsche Reichstag beschlossen hat, wonach bei Einkommen bis zu 50 000 Mark eine wesentliche Entlastung eintreten soll, vor. Es wird abzuwarten sein, welche Stellung der Senat hierzu einnehmen wird. Es ist aber anzunehmen, daß die bürgerlichen Parteien des Volkstages sich durch die Ausführungen des Senators Volkman wieder platt schlagen lassen werden. Denn dieser erklärt, daß der Finanzbedarf des Freistaates so groß sei, daß eine solche Entlastung der kleineren Einkommen nicht vor-

angenommen werden kann. Nach dem alten preussischen Staatseinkommensteuergesetz 1891 ist als Höchstbetrag an Einkünften nur ein solcher von 500 Mark vom Einkommen zu ziehen. Nach dem Reichsgesetz hat man sich Mühe zu machen, um dieses an einem Beispiel klar zu machen, würde die Steuer in Danzig bei einem Einkommen von 5100 Mark = 5000 Mark betragen. Wenn dieser Steuerertrag drei Kinder hat und eine Witwe, wovon die Witwe 500 Mark nur in Danzig zu beziehen ist und mühen demnach 5000 Mark pro Jahr an Steuern bezahlt werden, während im Reich bei demselben Einkommen und derselben Größe der Familie ein solcher Mann für seine drei Kinder 500 Mk. = 1000 Mark in Danzig bringen könnte, an Werbungskosten 500 Mark, so hat ein Steuerbetrag von 1000 Mark an Stelle von 5000 Mark in Danzig zu zahlen. Sollen auch nach dieser Richtung hin die Verhältnisse bei uns im Reichsgebiet besser werden, dann ist es notwendig, daß die nichtbesitzenden Klassen vor allen Dingen sämtliche mittlere und kleinere Beamten, Angestellten und Arbeiter sich politisch in einer größeren Partei zusammenschließen, um so der bürgerlichen Gesellschaft einen Nachteil entgegenzusetzen zu können.

Sepp Dertter verurteilt.

Vor dem braunschweigischen Landgericht hatte sich in den letzten Tagen der frühere braunschweigische Ministerpräsident Sepp Dertter zu verantworten. Dertter wird u. a. zur Last gelegt, im Juli 1921 in Braunschweig als Minister Geschenke und andere Vorteile von dem Hypnotiseur Schlessinger, genannt Otto Otto, angenommen zu haben, und zwar zweimal je 10 000 Mk. Schlessinger wird zur Last gelegt, Dertter die Geldgeschenke gemacht zu haben, um durch seinen Einfluß den Professortitel und für seine Heilanstalt in Blankenburg am Harz Unterstützung zu erhalten. Schlessinger gibt an, dieses Geld Dertter nur als freundschaftliche Darlehen gewährt zu haben und bestreitet, sich bei Beschaffung schuldig gemacht zu haben. Auf die Frage, wie er zu dem Professortitel gekommen sei, erwiderte Schlessinger, die Anregung dazu sei aus dem Gedanken entstanden, daß der Leiter eines großen Heilanstalts (Schlessinger ist Besitzer einer Heilanstalt in Blankenburg am Harz) auch einen Titel haben müsse. Nach einigen Wochen beschloß die Regierung, Schlessinger den Titel wieder zu nehmen. Damals bestand zwischen Dertter und Schlessinger noch enge Freundschaft, und Schlessinger bedauerte sich bitter darüber, daß Dertter ihm bei seinen wiederholten Besuchen von diesem Beschluß der Regierung nichts gesagt habe. Als er Dertter dann später einmal darüber zur Rede stellte, habe dieser sich damit herausgeredet, daß er zwar die Verfühlung, die ihm den Titel entziehe, in der Tasche habe, daß er das Inkrafttreten aber ganz verhindern oder wenigstens erheblich hinauszögern könne, wenn Schlessinger ihm, Dertter, die Schulden bei der unabhängigen braunschweigischen Genossenschaftsdruckerei im Betrage von 30 000 Mk. schleunigt bezahle. Weiter bekundete Schlessinger, daß beide eine Reise nach England machen wollten. Dertter sollte die Reise als Schlessingers Impresario mitmachen, wobei sein Titel als „Minister a. D.“ als Zugmittel dienen sollte. Aus der Reise wurde aber nichts.

Am Freitag hielt der Staatsanwalt die Anklagerede. Die Anklagebehörde sieht den Beweis für eine Bestechung erbracht. Aus diesen Gründen sei bei der Strafzumessung zu beachten, daß Dertter, der durch das Vertrauen des werktätigen Volkes auf den hohen Posten eines Ministerpräsidenten gekommen sei, die heilige Pflicht hatte, allen Volksgenossen ein Vorbild zu sein. Er habe aber den vornehmsten Grundsatz des Volksbeamtens, „tadelloses Verhalten“, aufs schwerste verletzt. Dertter habe sich als käuflich er-

wiesen. Dafür könne eine Geldstrafe allein nicht die geeignete Sühne sein. Der Staatsanwalt beantragte deshalb eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Das Urteil wurde gefasst und Sepp Dertter zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Otto Otto erhielt 3 Monate Gefängnis.

Die Wiener Tagung des Internationalen Metallarbeiterbundes.

Am vorigen Sonnabend trat im Sitzungssaal der Wiener Arbeitskammer das Generalkomitee des Internationalen Metallarbeiterbundes zusammen. Anwesend sind Jig (Schweiz), Solau (Belgien), Ganter (Österreich), Dismann und Reichel (Deutschland), Brownlie (England), Merxheim (Frankreich), König und Peters (Holland), Drogzi und Guarneri (Italien), Domes, Stein und Wiedenhofer (Österreich) und Vertreter Serbiens, Polens, Schwedens, der Tschechoslowakei und Ungarns. Der Internationale Gewerkschaftsbund ist durch Mexiko vertreten, die österreichische Gewerkschaftskommission durch Hueber. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Sekretariatsbericht und Festsetzung der Beiträge der einzelnen Landesorganisationen an den Internationalen Metallarbeiterbund. 2. Berichte: a) Erhebung über Kriegs- und Waffenfabrikation, b) Lohnstatistik und Lebensmittelpreise. 3. Stellungnahme zur allgemeinen Situation, insbesondere zu der internationalen Konferenz der Berg-, Transport und Metallarbeiter vom November 1921 in Amsterdam und zu dem im April 1922 in Rom stattfindenden Internationalen Gewerkschaftskongress.

Nach einer Begrüßungsansprache des internationalen Sekretärs Jig wurde Domes zum Präsidenten, Solau zum Vizepräsidenten gewählt. Jig erstattete den Sekretärsbericht. Er führte aus, daß eine der Hauptbeschwerden des Sekretariats gewesen sei, mit den amerikanischen Verbänden in Verbindung zu treten. In Amerika gibt es etwa 20 verschiedene Metallarbeiterorganisationen. Eine der größten von ihnen, der Verband der Maschinenbauer, ist dem Internationalen Metallarbeiterbund angeschlossen. Wenn es wahr ist, was die Zeitungen melden, daß Gompers gegen die Einladung Sowjetrußlands nach Genua Protest erhoben hätte, dann zeigt das, daß die geistige Verfassung in Amerika noch sehr weit von unsere Ziele entfernt ist. Es muß aber festgestellt werden, daß die Opposition gegen Gompers immer größer wird. In Spanien ist es nicht gelungen, die dortige Metallarbeiterorganisation unserem Bunde anzuschließen. Auch in Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien, wo die Frage Moskau oder Amsterdam eine Hauptrolle spielt, sind die dortigen Metallarbeiterorganisationen nicht angeschlossen. Sonst aber sind sämtliche übrigen Länder, mit Ausnahme Rußlands, Mitglieder unseres Bundes. Bezüglich Rußlands haben wir beschlossen, daß die russischen Metallarbeiter nicht unserem Bunde angehören können, solange sie der Moskauer Internationale angeschlossen sind. In der Debatte sprachen die Vertreter Italiens, Englands und schließlich Dismann, der ausführte, er hoffe, es werde mit Rußland zu einer Verbindung kommen. Es ist in sachlicher Hinsicht zu begründen, daß die drei sozialistischen Gruppen zusammenkommen. Alle Fragen der Arbeiterschaft können nur durch die internationalen Organisationen gelöst werden. Wir stehen bezüglich Rußlands auf dem Standpunkt, daß es zwei Internationales nicht geben kann. Solange die Moskauer Internationale nicht aufgelöst wird, ist ein Zusammenarbeiten mit den russischen Gewerkschaften nicht möglich. Wir würden aber eine baldige

Zusammenarbeit sehr wünschen. Hierauf wurde der Bericht des Sekretariats einstimmig zur Kenntnis genommen.

Die in Freiheit gesetzten Menschewiken in Alga.

Wie der „Bormärker“ meldet, hat die Auslandsdelegation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Menschewiki) aus Alga ein Telegramm bekommen, wonach die aus Rußland nach dem Hungerstreik im Brest-Litowsk ausgewichenen Sozialdemokraten die Mitglieder des Generalkomitees der Partei Dan, Nikolajewski, Danz Frau und Eugenie Grünwald bereits in Alga eingetroffen sind. Sie beabsichtigen nach Berlin zu kommen. Die Auslandsdelegation hat Schritte unternommen, um die Einreisegewilligung für die Genannten zu erlangen.

Der polnisch-litauische Winaustreit.

Die litauische Regierung sandte der polnischen Regierung eine Note, in der sie den Beginn unmittelbarer Verhandlungen zur Einleitung regulärer Beziehungen zwischen beiden Staaten vorschlägt. Die litauische Regierung legt die Ungefehltheit der Wahlen zum Winauer Sejm dar und sagt, sie werde dem Willen der Winauer Bevölkerung Rechnung tragen. Sie hofft, daß die polnische Regierung ihre Truppen bis zur Linie des Samalka-Vertrages zurückziehen werde, da der Belligerent-Aufstand ungeheuerlich sei.

Rückgabe Kiautschou an China.

Die chinesischen und japanischen Delegierten schlossen ein Abkommen über die Rückgabe Schantung an China. Es bleiben nur noch einige Einzelheiten zu regeln. — Zur Provinz Schantung gehört auch das ehemalige deutsche Kiautschou, das von den Japanern zu Anfang des Krieges erobert wurde.

Arbeiter gegen den Achtstundentag?

Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge wurde in den Karlsruherwerkstätten Hubertus in Knops bei Kronach eine Betriebsabstimmung über die Arbeitszeit vorgenommen. Dabei stimmte eine überwiegende Mehrheit für den neunstündigen Arbeitstag, um den Verdienst zu erhöhen. — Wieviel Arbeiter sich an dieser Abstimmung überhaupt beteiligt haben, geht aus der Meldung nicht hervor. Im übrigen kann sich eine Abstimmung nicht als Stimmungsbild der Arbeiterschaft angesehen werden.

Ganz wie in Danzig.

Berlin, 1. Febr. Das „Tageblatt“ meldet aus Rattowitz: Von Warschauer und Posener Finanzleuten sind in dem künftig polnischen Teil Oberschlesiens etwa 30 neue Banken bzw. Filialen gegründet worden, die den Verkauf der Immobilien der aus Oberschlesien fortziehenden Deutschen finanzieren sollen.

Ein Tabakmonopol in Polen. Die Finanz- und Budgetkommission hat beschlossen, im ganzen Staate das Tabakmonopol einzuführen.

Kommunistenverhaftungen in Polen. Im Revier von Bohnia wurde unter den Bergarbeitern eine große Anzahl von Verhaftungen vorgenommen. Den Bergarbeitern wird kommunistische Propaganda zum Vorwurf gemacht.

Der Naturheilkundige Bilz †. In Radebeul bei Dresden starb im Alter von 80 Jahren der Naturheilkundige Friedrich Eduard Bilz, der Begründer des Radebeulischen Sanatoriums. Er ist besonders durch sein umfassendes Werk über das Naturheilverfahren, das in zahlreichen Familien Eingang gefunden hat, bekannt geworden.

Ich bin das Schwert!

Roman von
Hannemarie von Nathusius.

26)

(Fortsetzung.)

„Aber wir leben ja in keiner Ehe mehr, die längst gebrochen wurde.“

„Dann geh hin“, sagte mein Vater, „wirf dich deinem Manne zu Füßen und bitte ihn, mit dir die Ehe wieder einzugehen, wie ihr es geliebt. Schenke ihm Kinder, tu deine Pflicht! An dem Tage, an dem du deinen Posten hier verläßt, kenne ich dich nicht mehr.“

„Aber wie ich es. Ich stand allein und niemals würde mir Hilfe werden von denen, mit denen ich eines Blutes war. Sie mußten, würden meine größten Feinde sein. Ich erinnerte mich an die Worte von Ede Karolstein: „Ich fürchte mich vor der Armut.“ Ja, es würde mich nicht sein. Ich lebte gegenüber zu stehen mit leeren Händen, leeren Taschen. Mit wieviel Bitterkeit umgab mich der Duz, der Reichtum des Lebens. Mit wieviel Schönheit, Freiheit, wieviel herrlichen Genüssen, wieviel Grazie und Lebenswürdigkeit überhäufte er jede Stunde meines Lebens. Immer waren Hände bereit mich zu verwöhnen, meinem Willen gehorchte von Jugend auf ein gut geschulter Troß dienender Geister. Keine Handreichung machte ich allein, keine wirkliche Arbeit war mir vertraut. Aber ich huldigte jeder köstlichen Passion; in meinen Schränken häuften sich die elegantesten Erzeugnisse Pariser Modenkünstler, mein Reizwort verhielt sich im Jahre Langende, jedes Jahr, das ich leben mochte, wurde angepöbeln, jeder Wunsch, den ich hatte, erfüllt. Ganz Wandlich so rte nie, um das Luxusbedürfnis, die verwegenen Gelüste seiner Frau in das richtige Licht zu setzen. Noch immer war er stolz auf mich, wie auf ein kostbares Rassepferd. Alle Welt sollte mich bewundern, alle Welt sollte sagen: Solche Frau, solch Haus kann nur der Deminer haben.“

Den enttäuschten Ehemann ließe er nur unter seinen Verwandten. Aber seine Liebesanträge, seine Lust nach neuer Vereinerung ergötzen mir die trüben Wintertrage, mochten mich schon und krank. Er fehlte seinen Willen durch

und die größte Anechtigkeit meines Lebens begann. Ich er fand Krankheiten aller Art, nur um nicht jede Nacht mit ihm verbringen zu müssen. Das war der Ekel so stark, daß ich tagelang krank wurde. Einmal verletzte mich die innere Empörung über seine brutalen Rechte zu dem wilden Geständnis meiner Lage. Er lachte nur. Er fand es amüsam, daß er mich zwingen mußte.

„Ich denke an einen andern“, sagte ich ihm an. „Ich liebe einen andern.“

„Ich glaube dir nicht“, sagte er kühl.

„Aber du weißt, daß ich einem anderen gehörte?“ rief ich höhnisch. „Ach, es war mir eine Wohlthat, dies zu sagen.“

„Kann sein“, gab er zurück, „aber damals verlangte ich ja nicht nach dir. Heute würde ich den andern tötschlagen.“

„Ich hab erstarrt. War diesem Manne überhaupt beizutreten?“

„Warum läßt du dich nicht von mir scheiden?“ fragte ich, am ganzen Leibe bebend. „Wir können beide noch anderweitig glücklich werden.“

„Das will ich nicht bekrreiten. Aber da wir nun einmal zusammen sind, willst du die Mutter meiner Kinder werden. Ich beabsichtige nicht, mich lächerlich zu machen vor der Welt und ihr ein geschmackloses Schauspiel zu geben. Wir bleiben zusammen.“

„Ich will keine Kinder von dir. Eher bringe ich mich um, eher laufe ich fort.“

„Das tut du nicht! Ich kenne dich!“ Er lächelte. „Warum warst ich ihm nicht irgend etwas in dies kalte, spöttische Gesicht und ging? Ach, warum raffte ich mich nicht auf und floh? Alles möchte besser sein, als dieses Los. Ich blieb — weil ich mich fürchtete. Das geschah mit mir, wenn ich ging? O, das Grauen vor dem Leben da draußen, das läßt dich Tausende verfluchen. Wer fragte nach ihnen, wer kannten die armen Opfer, die in seinem wilden Willensschlage verbrannten, ohne daß man nur die Hand zu ihrer Rettung hob? Ich verdrängte die Leidensnotizen, in denen von den Glenden des Lebens stand, von den Umgekommenen, Verirrten, Verlorenen.“

„Mein Herz lieh sich ihm unbarwortet. Bis er einmal selber kam. Er hatte seine eigene heimliche Laufbahn aufgegeben, um sich ganz auf Land zurückzuziehen.“

„Dir krank Sie sind“ sagte er nur. „Ich bezog von Vergnügungen auf Vergnügungen. Mein neuer Ritter, Herr

von Stechow von den Kriassieren, machte den Arrangeur aller Feste. Einmal wurde bei Auhmanns getanst, dann bei uns. Gräfin Moos gab große Diners mit anschließendem once et deux-Spiel, wobei man Tausende gewinnen oder verlieren konnte. Im Regiment folgte Fest auf Fest, ja es war, als habe alle umliegenden Güter ein Taumel der Lust ergriffen. Hans Wandlich strahlte.

„Du hast sie alle auf die Beine gebracht“, sagte er, und beschenkte mich mit einer langen Perlenkette.

Bei meiner lieben Marie Luise, die zu dem Hochadel der Gegend gehörte, traf ich den Herzog von Sangerheim. Er saß neben mir bei Tisch. Sein dunkles, forschendes Auge ruhte die ganze Zeit auf mir.

„Sie gleichen einer Frau aus der römischen Gesellschaft, der ich sehr nahe stand“, erzählte er mir. Er fiel unter den Landjunkern und Kavalleristen aus durch Bildung, stilles Wesen und feinerer Formen. Ich horchte ihm gerne zu. Er sprach von London, Petersburg und Paris, wo überall er als Militärattaché gewesen war. Am meisten liebte er Rom. Rom sei die Stätte des Genusses, der Freude, der Künste, der Wissenschaften.

„Ein Frühling in Rom, wenn die Kastanen rauschen, die Wälder läuten; und über allen Dingen die Blütenboden hängen.“ Seine Stimme hatte etwas Zärtliches, in seinen Augen schimmerte ein Licht, das mich fesseln erregte. Es war der Ruf in die Ferne. Es war wie das Eichenborstliche Lied:

„Das Herz mir im Reibe entbrennte,
Da hab' ich mir heimlich gedacht:
Ach, wer da mitreisen könnte
In der prächtigen Sommernacht.“

Ja, was nützte mir das Reisen, wenn es mit leerem Herzen geschah? Und plötzlich kam mir der Wunsch: Könntest du mit diesem Manne rufen.

Am nächsten Tage, im wildesten Schneestreiben wurde ein Korb herrlicher duftender Rosen nach Demin gebracht. Mein ganzes Zimmer war voll davon, und ich stand und sah die Wunderkinder an, die mir den Sommer vor die Seele zaubern sollten. Was für eine Wohlthat brachten sie mir?

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Gesundheits- und Verkehrsfragen.

Vertagung der Erhöhung der Krankenhausätze. Gehaltsaufbesserung des Stadttheater-Personals. Einrichtung einer Dampferfähre Neufahrwasser-Weichselmünde. Fährgebührenbefreiung der Schulkinder.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in längerer Aussprache mit der Erhöhung der Krankenhausätze im städtischen Krankenhaus. Die vom Senat vorgeschlagene gemäßigte Erhöhung der 3. Klasse wurde von der Linken entschieden abgelehnt. Selbst einige bürgerliche Redner lehnten eine Erhöhung um 75 Prozent ab. Als unsozial verurteilt wurde auch die Forderung, daß die Kranken der 3. Klasse jede Handreichung extra bezahlen sollten. Die Linke wies darauf hin, daß das Krankenhaus eine Wohltätigkeitsanstalt ist und die Wiedererlangung der Gesundheit nicht vom Geldbeutel des Kranken abhängig sein darf. Der Antrag unseres Genossen Karaschewski, die Vorlage im Ausschuss eingehend zu beraten, fand die Zustimmung der Versammlung. Vielen Eltern wird es eine große Erleichterung im Haushaltsetat sein, daß auf Antrag unseres Genossen Meel Schulkinder vom Fährgebühren befreit werden sollen. Die Fährverhältnisse in Weichselmünde nahmen wieder einmal geraume Zeit der Stadtverordnetenversammlung in Anspruch. Wegen den Willen des Bürgerblocks wurde schließlich die Errichtung einer Dampfer- und Motorbootfähre beschlossen. Eine eigenartige Rolle spielte dabei der deutsch-nationale Redner Dr. Dütsche, Neufahrwasser, der sich mit der Anschaffung der beiden Boote begnügen wollte. Auch bürgerliche Arbeitervertreter stimmten gegen diesen Antrag, der endlich die Fährverhältnisse in Weichselmünde regeln soll. Dem Stadttheaterpersonal wurde eine 50-prozentige Gehaltserhöhung zuteil, ohne daß der Theaterbetrieb die beschränkte Einschränkung erfährt.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte in ihrer Sitzung am 7. Dezember 1921 einen Antrag angenommen, nach dem der Senat eine Vorlage über Beschäftigungsbeihilfe für Invaliden einbringen sollte. Der Senat teilte der Stadtverordnetenversammlung nun mit, daß diesem Antrage in Vollstärke genüge gesehen ist. Ein Bericht über die außerordentliche Prüfung der Sparfassen-Haupt- und Nebenstellen, sowie der Sparkassen-, Giro- und Wertpapier-Abteilung gab zu Beanstandungen keinen Anlaß. Verschiedene Schiedsmänner wählten erfolglos nach den Vorschlägen des Wahlausschusses. Mit der Pensionierung des Kassensachverständigen Kriege und Zahlung eines Ruhegehalts von jährlich 12 000 Mark erklärte sich die Versammlung einverstanden. Der Haushaltsplan für eine neue Straße in Neufahrwasser wurde genehmigt. Die Versammlung stimmte zu, daß die Stadt an den Kaufmann Währ in Danzigsuhr 12 000 Mark zahlt, als Ersatz für einen in der Garderobe des Stadttheaters abhanden gekommenen Pelz. Ohne jede Debatte wurden Millionen Mark zur Förderung der Neuanfertigung durch Straßenbau bereitgestellt. Eine lebhaftige Debatte setzte jedoch ein, als die Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten im städtischen Krankenhaus.

Neben die geforderten neuen Sätze haben wir bereits in unserer Freitag-Ausgabe berichtet. Stadtv. Runge (U.S.) stellt fest, daß die angeforderte Erhöhung in der 1. und 2. Klasse 11 Prozent beträgt, in der 3. Klasse jedoch 75 Prozent. Außerdem sollen auch in der 1. Klasse alle Leistungen, wie Bäder usw., extra bezahlt werden. Einer solchen Forderung kann keine Fraktion nicht zustimmen. Redner beantragte die 1. Klasse ganz zu streichen und für die durch Verschärfung der 1. und 2. Klasse neu entstehende Klasse täglich 100 Mark anzusetzen. Die Steigerung der 3. Klasse von 20 auf 35 Mark sei viel zu hoch. Redner beantragt eine Erhöhung von 5 Mark. Nur in der 1. Klasse dürften Nebenleistungen extra bezahlt werden, da sonst die Krankenkassen erneut die schon hohen Beiträge erhöhen müßten.

Überregierungsrat Dr. Stade erwiderte, daß die Entnahmen aus der 1. Klasse wesentlich zur Verringerung des Aufschusses beitragen. Die Ausgaben hätten sich derart gesteigert, daß eine Erhöhung der Sätze notwendig sei. Die 1. Klasse sei deshalb besonders stark gesteigert, weil sie bisher nur gering erhöht wurde. Der Aufschuß der Stadt betrug in diesem Jahr 5 1/2 Millionen Mark. Die 1. und 2. Klasse bringe einen Uberschuß. Die Selbstkosten eines Kranken betragen durchschnittlich 57 Mark. Die Anwendung besonderer Behandlungsmethoden sei nur dann möglich, wenn die Kosten aufgebracht würden; das geschieht in anderen Städten.

Stadtv. Brunzen I (Dnatt.) beantragte, die Sätze für die 1. Klasse um 50 Prozent, von 20 auf 30 Mark, für einheimische Kinder bis zu 8 Jahren, von 10 auf 15 Mark zu erhöhen.

Stadtv. Gen. Karaschewski erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion die Vorlage ablehne. Die Erhöhung der 1. Klasse ist völlig unverständlich. Die Arbeiterschaft hat im Krieg besonders schwer gelitten, weil sie trotz schlechter Ernährung ständig schwerste Arbeiten leisten mußte. Die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiterschaft haben sich derart verschlechtert, daß Hunderte von Arbeitern sich krank zur Arbeitsstätte schleppen. Die Arbeiterschaft ist nicht in der Lage, die erhöhten Sätze für Krankenkassenbehandlung ihrer Angehörigen zu bezahlen. Die Krankenkassen leisten für solche Fälle nur für 45 Tage 1/2 Kosten als Zuschuß. Die Extrabehandlung der Nebenleistungen ist ebenfalls abzulehnen. Fast jede Handreichung extra bezahlt werden. Es kann dann vorkommen, daß ein Kranker nicht gesundet, weil er die Kosten, z. B. für Bäder, nicht tragen kann. Bei Annahme der Vorlage müßten die Krankenkassenbeiträge nochmals heraufgesetzt werden, heute schon für viele Arbeiter und Angestellte zu hoch. Redner wandte sich ganz entschieden dagegen, daß die letzten Kräfte berechnigt sein sollen, von den Krankenkassen Extrabehandlung zu verlangen. Gen. Karaschewski beantragte, die Vorlage zur eingehenden Prüfung an den Ausschuss zurück zu verweisen.

Stadtv. Scheller (Dnatt.) trat für die Vorlage des Senats ein. Schule an dem Defizit sei, daß die Kosten für die 3. Klasse bisher nicht regelmäßig erhöht worden seien. Die Krankenkasse mache ein gutes Geschäft, denn sie weigere sich die Krankenkassen vorzuziehen.

Stadtv. Dr. Herrmann hielt eine Erhöhung auf der ganzen Linie für notwendig, allerdings sei der Sprung von 20 auf 35 Mark etwas groß. Redner schloß sich dem Antrage Karaschewski auf Zurückverweisung an den Ausschuss an.

Stadtv. Runge (U.S.) erwiderte dem Stadtv. Scheller, daß die Krankenkasse ein Selbstverwaltungskörper sei und deshalb ungern ihre Häuser vorlege. Diese unsoziale Vorlage des Senats schließt sich ebenbürtig den unsozialen Taten des Senats an. Auch die 3. Klasse sei prozentual in dem gleichen Maße gestiegen, wie die 1. und 2. Klasse. Daß die 1. Klasse einen Uberschuß bringt, stimmt nicht, weil sie gewöhnlich nur von 1 bis 2 Personen belegt ist. Es ist großer Unfug, daß noch für die 3. Klasse alle Nebenleistungen extra bezahlt werden sollen. Redner trat ebenfalls für den Antrag Karaschewski auf nochmalige Ausschussberatung ein.

Vertagung der Vorlage.

Ein Schlußantrag des Stadtv. Casel (D. P.) machte der Debatte ein Ende, obwohl noch acht Redner vorgemerkt waren. Der Schlußantrag wurde mit 28 gegen 18 Stimmen angenommen. Der Antrag Karaschewski auf Zurückverweisung der Vorlage wurde nahezu einstimmig angenommen.

Schulkinder zahlen kein Fährgebühren.

Der Senat beantragte eine Erhöhung des Fährgebührens, da die Pächter bei den bisherigen Entnahmen keinen Uberschuß erzielen.

Stadtv. Gen. Meel wies darauf hin, daß durch die Umschulung nach der Schule in Althof viele Kinder die Fähre benutzen müssen. Es sei unbillig, von den Eltern zu verlangen, daß sie für jedes Kind täglich 20 Pfennig Fährgebühren zahlen sollen. Gen. Meel beantragt deshalb, daß Schulkinder gegen eine Legitimation des Schulleiters kostenfrei übergesetzt werden.

Stadtv. Braun (S.) fragte an, ob die Fährpächter berechtigt sind, Gläubiger zu fordern, wenn das Wasser eisfrei ist.

Senator Runge erklärte, daß gegen den Antrag Meel keine Bedenken bestehen. Wenn von den Fährpächtern bei eisfreiem Wasser Gläubiger verlangt werden, so sei das unberechtigt.

Der Antrag Meel und die Senatsvorlagen wurden angenommen.

Die Fährverhältnisse Weichselmünde-Neufahrwasser

haben wiederholt die Stadtverordnetenversammlung beschäftigt. Jetzt lag ein Antrag des Senats vor, zur Anschaffung zweier Boote 10 000 Mark zu bewilligen.

Stadtv. Schmidt (S.) verlangt, daß endlich etwas Großartiges getan wird, denn die jetzigen Fährverhältnisse zwischen Weichselmünde und Neufahrwasser seien völlig unzureichend und bergen schwere Gefahren in sich. Redner beantragt,

eine Dampferfähre oder eine Motorbootfähre einzurichten.

Senator Runge erklärte, daß die Fährverhältnisse zweifellos der Verbesserung bedürfen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen müsse man sich jedoch begnügen, den vorhandenen Betrieb zu verbessern; das geschehe durch Anschaffung der beiden Boote. Für eine Dampferfähre sei die Uferbefestigung nicht ausreichend, außerdem fordere sie einen täglichen Zuschuß von 2000-2800 Mark. Eine Motorbootfähre sei wohl zweckmäßig, erfordere aber ebenfalls einen täglichen Zuschuß von 800 Mark. Es sei nicht angebracht, derartige Anlagen zu schaffen, sie müßten in Zeiten aufreißender Konjunktur gemacht werden. (Zuruf Arczynski: „Da können Sie lange warten!“)

Stadtv. Schmidt (S.) beruht, daß bei einer so wichtigen Frage die Kosten keine Rolle spielen dürfe. Trotz der schlechten finanziellen Lage des Freistaates würden für Anschaffung des Senats 200 000 Mark ausgegeben. Wegen den Verkehrsausschuss Weichselmünde habe der Senat Antrag gestellt, wegen Verletzung des § 114 des Straßengesetzes.

Stadtv. Dr. Dütsche (Dnatt.) erklärt, daß nach dem Gutachten von Sachverständigen die Einrichtung einer Dampferfähre Millionen kosten würde. Die Fährverhältnisse seien unfallsbar, eine Motorbootfähre sei notwendig. Eine solche habe bestanden, mußte jedoch aufgegeben werden, weil die Einnahmen zu gering waren. Redner verlangt die Einrichtung einer Fernsprechanstalt in Weichselmünde.

Stadtv. Gen. Lehmann schildert aus eigener Anschauung die Lebensgefährlichkeit des jetzigen Fährbetriebes in Weichselmünde. Vor einigen Tagen seien 80 Personen in die Gefahr des Ertrinkens geraten, als sie auf dem Eise standen und auf die Uferfahrt warteten. Wenn der Senat die Unzulänglichkeit des Fährbetriebes am eigenen Leibe spüren würde, wäre längst Abhilfe geschaffen. Die Anschaffung eines Holzbootes hat keinen Zweck, da es nach acht Tagen doch gebrauchsunfähig werde. Weil der Senat in Erösen viel Geld hineingesteckt hat, werden Heubunde und Weichselmünde absichtlich in ihrer Entwicklung gehemmt. Bürgerliche Kreise dieser Stadtteile hätten deshalb den

Stenerstreik

angedroht, worauf der Senat den Staatsanwalt mobil gemacht habe. Redner erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion den Antrag Schmidt unterstützen werde.

Stadtv. Gen. Zukaschewski wies darauf hin, daß durch die schlechten Fährverhältnisse viele Arbeiter große Verluste erleiden.

Senator Runge entgegnete, daß eine Auflage gegen den Verkehrsausschuss nicht eingelegt sei, dem Ausschuss sei

lediglich mitgeteilt worden, daß er sich einer strafbaren Vordrängung schuldig mache. Persönlich erkenne er die Notwendigkeit der Verbesserung der Fährverhältnisse an, aber man müsse sich nach der Deede strecken.

Die Fähre am Troyl.

Stadtv. Gen. Grünhagen rügt, daß er sich wegen der mangelhaften Fährbedienung Wilkspeter-Troyl wiederholt an den Senat gewandt habe, ohne daß darauf eine Antwort erfolgt sei. Der Fährbetrieb müsse unbedingt verbessert werden. Die Fähre ist nur bis 8 1/2 Uhr abends im Betrieb. Gegen 10 Uhr abends haben viele Arbeiter auf dem Troyl Schichtwechsel. Diese sind gezwungen, den großen Umweg über die Breitenbahnbrücke zu machen, um nach Hause zu kommen.

Messer Fischhändler antwortete, daß die Verlängerung des Fährbetriebes um 1 Stunde etwa 200 bis 300 Mark tägliche Kosten verursachen würde. Es solle ein Weg gesucht werden, den Wünschen Rechnung zu tragen.

Stadtv. Mau (U.S.) wies darauf hin, daß es sich hier nur um Menschenleben handele. Wenn es sich um Güter der Kapitalisten handele, spielen Geldkosten keine Rolle. Als Beispiel führte Redner die Anschaffung zweier schnellfahrender Motorboote für den Hafenüberwachungsdiens an.

Stadtv. Gen. Grünhagen war mit der ihm zuteil gewordenen Antwort natürlich nicht zufrieden. Geldfragen spielen nur dann eine Rolle, wenn Arbeiter dabei in Frage kommen. Wenn der Senat das Gelände auf dem Holm verpachtet, dann hat er auch dafür zu sorgen, daß die Arbeiter ihre Arbeitsstelle ohne Beschwerlichkeit erreichen. Man könne nicht verlangen, daß die Arbeiter nach 8 Stunden schwerer Arbeit noch stundenlange Umwege machen, um nach Hause zu kommen.

Stadtv. Dr. Dütsche (Dnatt.) sprach gegen den Antrag Schmidt, weil durch Anschaffung der beiden Boote eine Verbesserung im Fährbetrieb Weichselmünde-Neufahrwasser erzielt werde.

Stadtv. Schmidt (S.) rügte scharf die Stellungnahme des Stadtv. Dr. Dütsche, der in einer Versammlung in Weichselmünde große Versprechungen gemacht habe.

Die Einrichtung einer Dampfer- bzw. Motorbootfähre beschlossen.

Der Antrag Schmidt auf Anschaffung einer Dampfer- bzw. Motorbootfähre in Weichselmünde wurde in namentlicher Abstimmung mit 26 gegen 21 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten die gesamte Linke und die bürgerlichen Stadtverordneten Keruth (D. P.), Thun, Fabian und Demke (Zentrum). Mit Nein stimmten die übrigen bürgerlichen Stadtverordneten, darunter Dr. Dütsche, Klein und Nitz. Die Senatsvorlage wurde ebenfalls angenommen.

Die Annahme der Helbschen Stiftung, deren Zinsen etwa 1800 Mark betragen, wurde wegen der daran geknüpften Bedingungen abgelehnt.

Erhöhung der Gehälter der Bühnentechniker.

Nach einigen zustimmenden Erklärungen der Stadtv. v. Budzynski, Winter und Arczynski wurde den Mitgliedern des Solo-, Ballett-, Chor-, Orchester-, des technischen und Bureaupersonals der Stadttheaters ab 1. Januar eine 50-prozentige Erhöhung der jetzigen Bezüge bewilligt. Die Kosten betragen etwa 500 000 Mark.

Für Instandsetzung und regelmäßige Prüfung der Notbeleuchtung im Stadttheater wurden 17 400 Mark ohne jede Debatte bewilligt. Auch der Erhöhung der an die Privatstuhllehrkräfte bisher gezahlten Vergütungssätze auf 80 Prozent der Normalbezahlung, die eine Summe von 200 000 Mk. erforderlich macht, gab die Stadtverordnetenversammlung ohne Debatte ihre Zustimmung.

Für den Ausbau der Treppendeckplatten in Bräsen 83 000 Mark bereitgestellt. Damit war die Treppendeckung der Bräsen in Neubude, Bekeryplatt und Bräsen wurden 83 000 Mark. Damit war die Treppendeckung der öffentlichen Sitzung erschöpf. Schluß der Sitzung gegen 7 1/2 Uhr.

Danziger Nachrichten.

Skrupellose Bereicherung.

Wie die Bäckermeister ihre Geschäfte machen.

Vom Zentralverband der Bäcker und Konditoren wird uns geschrieben:

Infolge der ungeheuren Verteuerung der gesamten Lebenshaltung haben sich die im Zentralverband der Bäcker und Konditoren organisierten Bäckergehilfen genötigt, an ihre Arbeitgeber neue Lohnforderungen zu stellen. Gefordert wurden für Großbetriebe 450 Mark Wochenlohn, für Kleinbetriebe 410, 430 und 450 Mark Wochenlohn.

Die Mühlbäckerei teilte mit, daß sie aus eigenen Mitteln diese Löhne nicht zahlen könne. Die Bäcker-Zunftung wies in einem Schreiben darauf hin, daß sie bereits mit dem Bunde der Bäcker- und Konditorgehilfen einen Vertrag abgeschlossen habe, der Wochenlöhne von 350, 380 und 400 Mark vorsieht. Sie sei nicht abgeneigt, diesen Vertrag auch mit unserer Organisation abzuschließen, jedoch erst wenn ihr vom Wirtschaftsamte ein größerer Gewinn zugestimmt werde. Entsprechende Forderungen waren nun von der Bäcker-Zunftung und der meistertrennen Organisation, dem Bunde der Bäcker- und Konditorgehilfen an das Wirtschaftsamte eingereicht. Gefordert wurden eine Erhöhung des Brotpreises, oder Senkung des Mehlpreises und zwar wünschten die „armen“ Bäckermeister an jedem Sach 52 Mark mehr zu verdienen.

Das Wirtschaftsamte hat dieses Ansuchen der Bäckermeister erfreulichermode abgelehnt. Da es sich aber der Ansicht nicht verschließen konnte, daß die zurzeit im Bäckergewerbe gezahlten Löhne gegenüber einer Aufbesserung bedauerlich, hat es eine Mehrpreisfestsetzung von 22 Mark pro Sach eintreten lassen. Das bedeutet, daß jeder Bäckermeister

bei 10 Grad durchschnittlichem Weizenbrot ohne Mehrein-
nahme von 230 Mark zu verkaufen hat. Da viele Bäck-
meister mehr wie 10 Grad pro Woche verbuchen und außer-
dem noch eine ziemlich große Brötchen- und Kuchenbäckerei
betreiben, wird ihr Gewinn um das Zwei- bis Dreifache
sehr oft um das Vier- und Fünffache der 230 Mark pro
Woche gesteigert.

Wichtig auf die Aufgabe der Bäckmeister, nach Senkung
des Mehlpreises mit der Organisation in Verhandlung zu
treten, beantragte nun der Zentralverband der Bäder
und Konditoren über die eingereichten Vorhermannen zu ver-
handeln. Am 27. Januar fanden diese Verhandlungen mit
den Bäckmeistern statt. Dort stellte es sich heraus, daß
die Lohnbewegung der Bäckergesellen den Bäckmeistern
nur als Mittel zur Erhöhung ihres Profites benutzt worden
ist, denn man dachte nicht im entferntesten daran, die vom
Wirtschaftsamt bewilligte Mehlerhöhung den Bäder-
gesellen als Lohn zur Auszahlung zu bringen. Man hat
vielmehr den Gesellen nur die Hälfte der vom Wirt-
schaftsamt bewilligten Summe an und zwar mit
der Motivierung, daß man mit der weitestgehenden Organi-
sation ja auch nicht mehr vereinbart habe. Man wollte sich
durch nichts davon überzeugen lassen, daß Löhne von 300
350 und 400 Mark in der heutigen Zeit nicht mehr ausreichend
sind. Auch das Argument, daß die Bäckmeister bisher schon
genug verdienen und daß die Bewilligung der von uns ge-
forderten Forderungen, die etwa 15 Mark in Anspruch nehmen
würden, die Bäckmeister mit den verbleibenden 7 Mark pro
Grad dann noch immer zufrieden sein könnten, wurde nicht
als stichhaltig anerkannt.

Der wahre Grund der Ablehnung unserer Forderungen
liegt aber darin, daß die Bäckmeister sehr wohl wissen, daß
wir mit den von ihnen bewilligten Löhnen nicht lange
weiter auskommen können. Sie hoffen daher, wenn sie unsere
Forderungen nicht bewilligen, und uns Annahme der von
ihnen vorgeschlagenen Forderungen aufzwingen, daß wir
dann durch die Not der Verhältnisse sehr bald neue For-
derungen werden einreichen müssen. Diese neuen Forderungen
werden die Bäckmeister dann wieder als Mittel zum
Zweck dem Wirtschaftsamt gegenüber zu verwenden, um sich
auf diese Art weitere größere Gewinne zu sichern.

Die unserer Organisation angeschlossenen Bäckergesellen
hatten aber das Spiel der Bäckmeister durchschaut und
lehnten das von der Innung gemachte Angebot ab. In der
am 29. Januar stattgefundenen Generalversammlung be-
schlossen sie einstimmig den Schlichtungsausschuss zur Entschlei-
dung über ihre Forderungen anzurufen. Der Schlichtungs-
ausschuss wird nun darüber zu entscheiden haben, ob sich die
Bäckmeister aus den Taschen der Allgemeinheit auch ferner-
hin ungestraft bereichern können oder ob das, was zur Er-
haltung der Existenz der Bäckergesellen vom Wirtschaftsamt
bewilligt wird, diesen auch restlos zufallen soll.

Aber auch das Wirtschaftsamt sollte hier etwas vorsichtiger
zu Werke gehen. Viele Kommunalverbände des Deut-
schen Reiches haben die Taktiken der Bäckmeister, sich durch
die Forderungen der Gesellen selbst die Taschen zu füllen,
schon längst erkannt und nehmen die Städte erst dann eine
Mehlerhöhung bzw. Brotpreiserhöhung vor, wenn die
Bäckmeister ihren Gesellen zeitgemäße Tariflöhne bewilligt
haben. Scheintarife wie sie mit den Gesellen abgeschlossen
werden, können dazu natürlich niemals herhalten. Die
neuerdings gefällten Entscheidungen des sozialpolitischen Aus-
schusses sowie des Reichsarbeitsministeriums gehen dahin,
daß die Gesellen infolge ihrer eigenartigen Machinationen
überhaupt nicht tariffähig sind.

Dieses Mandat der Bäckmeister enthält die Prosti-
tuten, die heute so stark unter den besitzenden Schichten
prävalieren. Selbst die zur Verbesserung der Gehaltsverhältnisse
aus Allgemeininteresse vorgenommene Mehlerhöhung wird in
früherer Prostitution ausgenutzt. Wir sind neugierig, ob
der Schlichtungsausschuss diese eigentümliche Gewinn-
aneignung gutheißen wird. Schließlich werden die zuständi-
gen Körperschaften hier ein energisches Wort reden müssen.

Prüfungstermine bei dem Schulkollegium für die Freie
Stadt Danzig für 1922/23. Schwimmlehrer- und
Schwimmlehrerinnenprüfung schriftlich am 8.
August 1922. Sprachlehrerinnen-Prüfung
schriftlich am 12. und 13. September 1922, mündlich am 15.
September 1922. Mittelschullehrer-Prüfung
schriftlich am 7. und 8. November 1922, mündlich am 10. und
11. November 1922. Volksschullehrer- und Lehre-
rinnen-Prüfung schriftlich am 21. und 22. November
1922, mündlich am 24. und 25. November 1922. Blinden-
lehrer- und Lehrerinnenprüfung schriftlich am
12. und 13. Dezember 1922, mündlich am 15. und 16. Dezem-
ber 1922. Handarbeitslehrerinnen-Prüfung
schriftlich am 1. März 1923, mündlich am 3. März 1923.
Turnlehrerinnen-Prüfung schriftlich am 28. März
1923, mündlich am 29. März 1923. Hauswirtschafts-
lehrerinnen-Prüfung schriftlich am 13. März 1923,
mündlich am 15. und 16. März 1923. Taubstummen-
lehrer- und Lehrerinnenprüfung am 24. April
1923. Nachprüfung für Oberlehrerinnen zur Erlangung
eines Realzeugnisses für Gymnasien, Realgymnasien und
Oberrealschulen, schriftlich vom 5. bis 7. September 1922,
und vom 8. bis 9. März 1923. Reiseprüfung für
Extraneerinnen schriftlich vom 19. bis 23. Septem-
ber 1922 und vom 20. bis 24. März 1923. Die Meldungen
sind 8 Monate vor der Prüfung einzureichen. Prüfung
für Latein und Griechisch schriftlich vom 28. bis 28.
September 1922 und 4. bis 6. April 1923. Die Meldungen
sind spätestens bis zum 1. September 1922 und 1. März
1923 einzureichen. Ergänzungsprüfung- und
Auseisprüfung für Studierende Lehrer(innen)
Ende September 1922 und Ende März 1923. Die Meldungen
sind bis zum 31. Juli 1922 und 31. Dezember 1922 einzu-
reichen.

25 Zentner Eisen gestohlen. Aus dem Kesselhaus
der Küdforter Sägemühle wurden die Roste aus dem
Kesselhaus herausgenommen und auf dem Hofe auf-
bewahrt. Drei Arbeiter entwendeten diese Roste, die
ein Gewicht von 25 Zentner und einen Wert von 25 000
bis 30 000 Mk. hatten, und verkauften die Roste in zer-
kleinertem Zustande an den Altwarenhändler G. J.
Die vier Personen standen nun vor der Strafkammer.
Von den Dritten wurden zwei zu je 10 Monaten Ge-

fängnis, einer zu 1 Jahr Gefängnis und G. J. wegen
Geizerei zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vermietungsdiebstahle. Das Stättenmädchen
K. A. in Danzig hat eine neue Methode für Schwinde-
leien erfunden. Sie vermietet sich als Dienstmädchen,
aber nicht mit der Absicht, sich wirklich eine Stelle zu
verschaffen. Auf einem Gute trat sie den Dienst an,
aber nur um mit ein Paar Rinderhäuten, Brot und
Butter wieder davongehen. Dann vermietete sie sich
weiter und nahm Handgeld. Damit war die Ver-
mietung für sie erledigt. Sie trat den Dienst über-
haupt nicht an und verbrauchte das Geld. Von der
Strafkammer wurde sie wegen Diebstahls und Be-
truges zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Stichworte. Sie haben es eilig! Einer als
dringend einberufenen Gemeindevertreterversammlung lag
einmaliger Punkt: „Stellungnahme gegen die Zentralisierung
der ländlichen Verwaltung“ vor. Gemeindevorsteher W. L. B.
erklärte, daß eine Gemeindevertreterversammlung des
Kreis Großer Werder stattgefunden habe, in der sich
sämtliche Erschienenen gegen die gedachte (?) Verlegung
des Landratsamtes von Liegenhof nach Danzig ausge-
sprochen hätten. Auch die Gemeindevertretung müsse im
gleichen Sinne Stellung nehmen. Schöffe Genosse St. u.
L. w. S. wünschte, daß das Protokoll oder die eventl. Ent-
scheidung der Gemeindevertreterversammlung zur Kennt-
nis gegeben werde. Nach Kenntnisnahme des vom Ge-
meindevorsteher vorgelesenen Schriftstückes wandte sich Gen.
Stufowski gegen diese grundlose Protestbewegung. Die
Finanznot des Freistaates erlaube es nicht, neben dem
teuren Senat mit seinem Beamtentum noch drei Landkreise
zu führen und dementsprechend die Landräte und die dazu
gehörigen Sekreäre zu unterhalten. Die großen Summen,
die unnötiger Weise zu diesem Zwecke verausgabt werden,
seien in sozialer Hinsicht besser am Platze. Für den kleinen
Freistaat sind drei Landräte zu viel. Wenn die Besten
ehrlich und sozial handeln würden, so müßten sie nicht gegen
sondern für die Zentralisierung eintreten. Die Sozialdemo-
kratie lehne es ab, Handlanger der Reaktion und einer
Elitenmilitaristik höherer Beamter zu sein und werde
für die Zentralisierung der Verwaltung eintreten.
Zur Abstimmung kam es nicht, weil die Bürgerlichen in der
Minderheit waren und der Gemeindevorsteher erklärte, daß
ein weiterer Tag ungeduldet sei. Aber was geschah nun?
Der Gemeindevorsteher holte persönlich, sogar in der
Dunkelheit, namentliche Unterschriften für Erhaltung der
teueren Verwaltung ein. Für die Abgebrannten in Schöne-
berg hat es der Gemeindevorsteher jedoch bis heute noch nicht
für nötig gehalten, eine Sammelliste herumgehen zu lassen.
Solche Sachen berühren unsere Agrarier eben nicht.

Marienan. In öffentlicher Volksversam-
lung sprach hier Genosse Stufowski-Elchwalde über
„Die politische Lage und die Arbeiterschaft“. Er kennzeichnete
das frühere wilhelminische Regime, beleuchtete den ver-
lorengegangenen Krieg und seine Folgen und ging aus-
führlich auf die wirtschaftliche und politische Lage im Frei-
staat ein. Der jetzige Senat ist ein Handlanger der bürger-
lichen kapitalistischen Parteien. Um deren frevelhaftes Spiel
mit der erwerbsfähigen Bevölkerung zu brechen, sei es not-
wendig, die Sozialdemokratische Partei zu stärken. Pflicht
aller Arbeiter und Arbeiterinnen ist es, sich auch politisch zu
organisieren, um den Kampf gegen die kapitalistische Aus-
beutungspolitik energisch führen zu können. Auch der Er-
ziehung der Frauen und der Jugend für die sozialistische
Idee müsse mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. In der
Diskussion sprach u. a. Genosse K. a. k. Danzig sowie Genosse
K. a. k. Labesky. Letzterer ging besonders auf die Arbeiten
des Reichstages ein und kritisierte das Verhalten der bürger-
lichen Arbeitervereine. Mit der Meinung, nun endlich
die Bruderkämpfe einzustellen und sich einmütig in der
Sozialdemokratischen Partei zusammenzuschließen, schloß die
gutbesuchte Versammlung. Eine größere Anzahl Neuan-
meldungen zur Partei war der Erfolg des Abends.

Aus dem Osten.

Elektrizitätsarbeiterstreik in Stettin.

Im städtischen Elektrizitätswerk in Stettin ist
gestern die Arbeit niedergelegt worden. Das Werk, das
die ganze Uckerlandzentrale mit elektrischem Strom
versorgt und auch die halbe Provinz Pommern umfaßt,
wird nunmehr von der technischen Nothilfe in Betrieb
gehalten.

Diebstahl. Der Schmuggel an der „Freistaat-
grenze“. In letzter Zeit sind hier mehrere Schmuggler
angehalten und festgenommen worden. So hat das hiesige
Zollamt ein eingeübliches Lehrerin Salome Alter aus Sta-
wischau, die 285 000 polnische Mark ohne Ausfuhrgenehmigung
nach Danzig mitnehmen wollte, angehalten. Ferner wurde
ein Kaufmann Hermann Schuf aus Kongreßpolen wegen un-
erlaubter Ausfuhr von 400 Dollar und Bestechung verhaftet.
Ein gewisser Jakob Rachmann aus Wilna wurde wegen beab-
sichtigten Schmuggels eines Schecks auf 100 000 deutsche Mark
angehalten. Das hiesige Zollamt verhaftete außerdem einen
angehörigen Kriminalbeamten des Zollamts
Danzig Heinrich Schönhoff, der von Pöplitz über Dirschau
nach Danzig fahren und 511 000 polnische Mark über die
Freistaatgrenze bringen wollte. Er wurde dem Unter-
suchungsgericht zugeführt. Ferner wurden zwei polnische
Devisenschmuggler angehalten, die amerikanische Dollar-
schecks nach Danzig bringen wollten. Beide wurden dem
Gerichtsgefängnis überliefert.

Elbing. Verhängnisvolle Milder. Im Vorjahre
wurde der Bäckermeister Jakob Franzen aus Thiergart
(Kreis Marienburg) wegen Diebstahls mit Käse vom Elbinger
Bürgergericht zu drei Monaten Gefängnis und 50 000 Mark
Geldstrafe verurteilt. Er reichte ein Gnadengebet ein, nach-
dem er die Geldstrafe bezahlt hatte, mit der Bitte, ihm die
Verbüßung der Freiheitsstrafe zu erlassen. Unverhältniß-
mäßig hat das Justizministerium der Bitte Folge gegeben.
Der Kampf gegen den Dieb wird durch solches Entgegen-
kommen zu einer Farce.

Stolz. Ein Zusammenstoß mit dem Stolper Jung-
sturm im September zeitigte jetzt ein gerichtliches Nachspiel
vor dem Schwurgericht. Mehrere junge Leute waren wegen
Landfriedensbruchs angeklagt. Der durch Pöplitz nach
Schillerberg Jungsturm soll von dieser beschädigt worden sein,
wobei einige Personen Verletzungen, teils schwerer Art, mit

Wessern erlitten. Drei Arbeiter aus Pöplitz wurden wegen
der Beteiligung an Ausschreitungen zu Gefängnisstrafen von
neun bis vier Monaten verurteilt, ein Handwerker aus
Röbitz freigesprochen.

Freystadt. Bahnbau nach Bischofswerder. Der
vor einigen Monaten viel umstrittene Bahnbau nach Bi-
schofswerder bekommt nun mehr Aussicht auf baldige Aus-
führung. Um den Ausgangspunkt der Bahnstrecke be-
zogen sich die beiden Städte Stolpenberg und Freystadt. Beid-
ere hatte von vornherein mehr Aussicht, weil die neue Bahn eine
Verlängerung der Strecke Riesa-Freystadt darstellt.
Man schwankte auch noch lange zwischen einer normalspur-
igen Nebenbahn und einer Nebenbahn. Nach einer Mittel-
ung des Landrats Dr. Friedensburg von einer Reise in
Berlin an die Städte Bischofswerder und Freystadt hat sich
nunmehr das gesamte preussische Staatsministerium im
Einvernehmen mit den beteiligten Reichsressorts für den
Bau einer Nebenbahn von Freystadt nach Bischofswerder
entschieden. Es ist zu erwarten, daß der Bahnbau noch in
den diesjährigen Etat aufgenommen wird und der Beginn
noch in diesem Frühjahr stattfindet.

Schmelzdemahl. Bei den Angestelltenwahlen ent-
fielen 94 Stimmen auf den Afabund, 98 auf die vereinigten
bürgerlichen Verbände. Der Afabund erhält 2 Vertrauens-
männer und die vereinigten bürgerlichen Verbände 1.

Wagen. Bei der Wahl zur Angestelltenverfä-
rung entfielen von 124 abgegebenen Stimmen 80 auf die
Liste des Afabundes und 41 auf die Liste der bürgerlichen
Hauptausführenden Verbände; 3 Stimmen waren ungültig. Der
Afabund erhält somit zwei Sitze und die vereinigten bürger-
lichen Verbände einen Sitz.

Kemel. Streit der Mietamtsbesitzer. Sämtliche
Besitzer des Mietamts, zehn Vermieter und zehn Mieter,
haben ihre Vertreter dem Magistrat zur Ver-
fügung gestellt. Sie hatten die Forderung nach Bewilligung
von Sitzungsgeldern erhoben. Dieser Antrag ist vom
Magistrat jedoch abgelehnt worden.

Aus aller Welt.

Das Urteil im Nachprozeß. Wegen Erregung öffentlichen
Kerngarnes wurde die Schönheitskönigin Rosa Bach zu
einem Monat, der Regisseur Dr. Böcker zu drei Mo-
naten Gefängnis verurteilt. Die „Stittlichkeit“ ist wieder
einmal glänzend gerettet.

Nach dem Genuß von Fleisch erkrankten in Boguski in
einem Hause 20 Personen unter Vergiftungserscheinungen.
Zwei Personen sind bereits gestorben. Von den übrigen
Erkrankten schweben einige in Lebensgefahr.

Im Elbe setzt sich der deutsche Dampfer „Martha“ aus
Hamburg außerhalb Stavre Hoved 800 Meter vom Lande
entfernt. Er befand sich auf der Reise von Odense nach
Lübeck. Der Botse von Korkemünde erreichte mit einigen
Fischern eine Verbindung mit dem Schiff, das unter
Proviandmangel litt.

Opfer der Stürme. Der Lübecker Segler „Viese-Lott“
ist mit der gesamten Besatzung, bestehend aus dem
Kapitän, zwei Matrosen, einem Jungmann und einer
Aufwärterin, an der schwedischen Küste untergegangen.
Auch die Tochter des Kapitäns soll sich an Bord befunden
haben. Die Leiche der Aufwärterin ist gefunden
und in Schweden bestattet worden. Auch einige Wrack-
stücke des Seglers sind dort angetrieben. Nach einem
Bericht des deutschen Konsuls habe in der in Betracht
kommenden Nacht eine Windstärke 12 geherrscht, worauf
die Ursache des Unfalls zurückzuführen sei. — Der
5273 Bruttoregistertons große amerikanische Dampfer
„Santa Rita“, der am 20. Oktober von New Orleans
mit einer Ladung Getreide abfuhr, ist noch nicht gemeldet
worden. Man nimmt an, daß er im Jahre 1892 er-
baute Tankdampfer mit seiner 35 Mann starken Be-
satzung ebenfalls das Opfer eines Sturmes im Atlantik
geworden ist.

Bedrohlicher Witterungsumschlag im Schwarzwald. Seit
48 Stunden ist im badischen und württembergischen Schwarz-
wald ein durchgreifender Witterungsumschlag eingetreten. Bis
in die höchsten Berglagen herrscht Tauwetter und Schne-
schmelze. Heute nacht tobte namentlich in den höheren Ge-
bieten ein Sturmschauer, der die Schneeschmelze beschleunigt.
Da im Schwarzwald bis zu einem Meter Schnee liegt, so
dürfte bei Fortdauer der Schmelze Hochwasser auftreten.

Zum Tode verurteilt. Das Volksgericht in Landshut
verurteilte den Tagelöhner Huber wegen Doppelmordes
und Brandstiftung zweimal zum Tode. Beamte der
Landespolizei konnten nur mit Mühe den Verurteilten vor
einer Lynchjustiz retten.

Ein schweres Verbrechen ist auf freier Welle vor den
Toren Berlins verübt worden. Ein Oberwachtmeister der
Polizei fand in Kaulsdorf an der Eisenbahnüberführung
die Leiche eines Mannes auf, der augenscheinlich ermordet
und beraubt worden ist. Am Kopfe zeigte die Leiche schwere
Verletzungen, die von einem stumpfen Werkzeug herrühren.
Spuren auf dem Ader lassen darauf schließen, daß der Mann
dort von zwei Personen überfallen und zu Boden geschlagen
worden ist. Der Tote wurde als der Schneidmeister Ro-
loff aus der Lyghener Straße 26 zu Berlin ermittelt. Ueber
die Verbrechen ist vorerst nichts bekannt.

Museumsbrand in Augsburg. Ungewöhnlich reiche Beute
machte ein Dieb, der dem Maximilian-Museum in Augs-
burg einen Besuch abstattete. Sie zertrümmerten
dort mehrere Vitruven und stahlen daraus für über eine
Million Mark Kunstschätze aller Art, sowie Ringe, goldene
und silberne Münzen. Die Täter sind wahrscheinlich zwei
unbekannte Männer, die am Sonabend das Museum aufge-
sucht haben und nach Berlin fuhren.

Ein Vorkriegsfrager in Kassel. In der Hauptstadt der Pro-
vinz Hessen-Nassau hat sich ein Konsortium gebildet, das be-
zweckt, auf dem Platze der ehemaligen Garde-du-Corps-
Kaserne einen Volkentheater zu errichten. Es soll, um
der Wohnungsnot zu steuern, ein Turmbau entstehen, der die
Bureaus aufzunehmen hat. Die Baukosten sind mit 50 Mil-
lionen Mark veranschlagt. Die Stadt Kassel, der Bezirks-
verband für den Regierungsbezirk Kassel und verschiedene
Korporationen des Handels und des Handwerks bewilligten
Beiträge zu den Entwürfen. Das Unternehmen ist, wie ver-
lautet, gescheitert.

Danziger Nachrichten.

Errichtung eines Kaufmanns- und Gewerbegerichts für den Freistaat Danzig.

Von der Pressestelle des Senats ging uns folgende Mitteilung zu:

Durch Verordnung des Senats vom 20. Januar d. J. ist mit dem 10. Februar d. J. das bisherige Gewerbegericht der Stadt Danzig und das bisherige Kaufmannsgericht der Stadt Danzig aufgehoben. Mit dem gleichen Tage nimmt das Gewerbe- und das Kaufmannsgericht für die Freie Stadt Danzig seine Tätigkeit auf. Von dem genannten Tage an ist das neuerichtete Gericht für alle Streitigkeiten, die aus einem gewerblichen oder kaufmännischen Dienst- oder Rechtsverhältnis entstehen, ausschließlich zuständig. Die Gerichtsschreiberei für beide Gerichte befindet sich in Danzig, Miesenfaserne, Eingang Poggenspuhl, Flügel B, 2. Obergesch. Hier sind auch die Klagen aus dem Unterbezirk Tegenhof, d. h. alle Distrikte und Gemeinden östlich der Weichsel und des Weichselburchs, anzubringen. Besondere Gerichtstage werden für die Erledigung dieser Streitigkeiten in Tegenhof nach Bedarf abgehalten werden.

Durch Nachfrage stellen wir fest, daß das neue Gewerbegericht nicht zuständig ist für Landwirtschaftliche, Staats- und Kommunalarbeiter. Dem Volkstage sind zwei Gesetzentwürfe zugegangen, nach denen ein Sondergericht für die Landarbeiter und ein weiteres für Staats- und Kommunalarbeiter errichtet wird. Inzwischen bleiben die Arbeiter aus den Landbezirken weiter rechts, denn sowohl das Gewerbegericht der Stadt Danzig, als auch das Amtsgericht lehnen die Klage ab. Mit der Errichtung der Sondergerichte für diese beiden Arbeitergruppen verfährt der Senat gegen einen ausdrücklichen Beschluß des Volkstages.

Der Streik der Holzarbeiter.

Die Holzarbeiter hielten am gestrigen Tage im Step-puhnschen Lokal ihre erste Streikversammlung ab. Der Vorsitzende der gemeinsamen Lohnkommission erstattete den Bericht über den bisherigen Verlauf des Streikes. Die Lohnkommission hat in dem letzten an die Arbeitgeber gerichteten Schreiben ihre Bereitwilligkeit, die Verhandlungen aufzunehmen ausgesprochen. Die Arbeitgeber haben auf dieses Schreiben aber bis jetzt nicht reagiert. Es sei selbstverständlich, daß die Holzarbeiter den ihnen aus ganz frivolem Grunde aufgedrungenen Kampf auch bis zum Ende durchführen. Trotzdem die Arbeitgeber in den ersten Verhandlungen immer wieder die Erklärung abgegeben haben: „Meine Herren gehen Sie doch an den Schlichtungsanschuß, was der Ihnen zuspricht wird von uns gezahlt.“ haben sie nachher den Schlichtungsanspruch abgelehnt und ersucht, den am 15. Februar ablaufenden allgemeinen Vertrag diktatorisch festzulegen. Bereits bußendweise sind die kleineren Arbeitgeber bei der Streikleitung erschienen und haben um Rat gefragt, wie sie sich jetzt aus der Schlinge ziehen könnten, die ihnen ihre Verbandsleitung über den Hals geworfen habe. Sie bekundeten, daß sie keineswegs gewillt seien das frivole Spiel ihres Vorstandes mitzumachen. Sie könnten aber augenblicklich nicht austreten, weil ihnen immer mit dem Gerichtsvollzieher gedroht werde, der dann die 6000 Mark Konventionalstrafe eintreiben würde. Aus der Versammlung wurde es als sonderbar bezeichnet, daß die gleichen Arbeitgeber, die oft über den angeblichen Terror der Arbeiter lange Klagen geführt haben, nun ihre Organisation mit Zwangsmitteln ganz drastischer Art zusammenhalten. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Arbeitnehmer im Holzgewerbe, obwohl sie jeden Augenblick zu einer fruchtlichen Beilegung des Streikes bereit, ihren Kampf, wenn die Arbeitgeber hartnäckig bleiben sollten, solange weiter führen werden bis sie zu ihrem Rechte gekommen sind. Wie werden die Arbeitnehmer im Holzgewerbe es sich gefallen lassen, daß ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen einseitig durch den Arbeitgeberverband in Form eines Diktats festgelegt werden, sondern sie beanspruchen auch weiterhin als gleichwertiger Faktor bei Abschließung von Verträgen betrachtet zu werden. Mit einem Hoch auf die Solidarität der gesamten Holzarbeiter Danzigs wurde die überfüllte Versammlung geschlossen.

Einheitliche Wagenzusammenstellung im Vorortverkehr.

Um eine gleichmäßigere Besetzung der Wagen der Vorortzüge zu erzielen, werden die Wagen der gleichen Klasse zukünftig hintereinander zusammengestellt laufen. Vom 1. Februar d. J. ab laufen in den Vorortzügen von Danzig nach Boyput die Wagen 1. Klasse vorne, 2. Klasse in der Mitte und 4. Klasse am Schluß des Zuges. Die Züge nach Danzig-Neufahrwasser verkehren vom genannten Tage ab in derselben Zusammenstellung. In den Zügen von Danzig nach Frankfurt laufen die Wagen 4. Klasse vorne, 2. Klasse in der Mitte und 1. Klasse am Schluß des Zuges.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren

hielt am Sonntag im Gewerkschaftshaus seine diesjährige Generalversammlung ab. Den Geschäfts- und Kassensbericht erstattete Joseph. Im Jahre 1921 wurden 330 neue Mitglieder gewonnen, trotzdem konnte die am Beginn des Geschäftsjahres vorhandene Mitgliederzahl von 620 nicht aufrecht erhalten werden. Durch Übertritt in andere Berufe infolge der schlechten Beschäftigungsmöglichkeit im Bäckergewerbe, sowie durch Abreise vieler Mitglieder nach Deutschland verminderte sich die Mitgliederzahl auf 522 am Schlusse des Geschäftsjahres. Der Verband führte 11 300 Bewegungsgelder, davon 9 mit und 2 ohne Erfolg. 2 Lohnbewegungen führten zu Streiks, die beide infolge rechtlich vorhandener Streichbrochen mit einem Mißerfolg bzw. nur teilweisen Erfolg endeten. Ein gestörter Abwehrstreik endete mit Erfolg. An Lohnerbhöhungen konnten für die der Organisation angeschlossenen Mitglieder 620 180 Mk. herausgeholt werden. Das durchschnittliche Jahreseinkommen konnte für die männlichen Kollegen in den einzelnen Gruppen von 10 020 und 12 480 am Beginn des Geschäftsjahres auf 18 840 bis 28 400 Mark am Ende des Geschäftsjahres erhöht werden. Bei den weiblichen Mitglieder von 8640 auf 7800 bis zu 9860 Mark im Jahresdurchschnitt. Am schlechtesten entlohnt werden gegenwärtig die in Kleinbetrieben beschäftigten Bäcker und Konditorgehilfen. Dort steht einem zunehmenden Wohlstand, in einer über-

mäßigen Verbesserung des Unternehmers eine vollständige Beilegung der Arbeitnehmer gegenüber. Die Ursache hierzu liegt in den schlechten Organisationsverhältnissen und dem verkehrtesten Treiben der von den Bäckereimestern herangezogenen gelben Bädergesellenorganisation. Der Kassensbericht ergab an Einnahmen 57 697,75 Mark. Für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wurden 12 058,46 Mark, an Streik- und Gewerbesteuernunterstützung 26 740,50 Mark, für Rechtschutz 1406,40 Mark aufgewendet. Die Sozialausgaben betragen 13 012,90 Mark. Der Sozialkassenbestand beträgt 2500,45 Mark. Die eingehende Diskussion bewegte sich hauptsächlich in der Richtung des weiteren Ausbaus und Stärkung der Finanzkraft der Organisation, weil schwere Kämpfe mit dem rückständigen Unternehmertum auch in Zukunft zu führen sein werden. Die Neuwahl des Vorstandes ergab Hinz als 1. Vorsitzenden, Joseph Kaffner, Nacht und Neumann Schriftführer, Als Kartelldelegierte Hinz, Gert, Dojanowski.

Gezahlte Erwerbslosenunterstützung. In der Woche vom 15. bis 21. Januar wurden in der Stadtgemeinde Danzig einschließlich der Gemeinden Ohra und Emaus an Erwerbslosenunterstützung gezahlt: 180 402,45 Mark an 1494 Personen gegenüber 151 029,76 Mark an 1528 Personen in der Vorwoche.

Im Bund der technischen Angestellten und Beamten im Freistaat Danzig hat der neugewählte Vorstand die Ortsverwaltung übernommen. Diese wird jetzt ehrenamtlich weitergeführt, da der Hauptbeamte nach Berlin abberufen worden ist. Der Bund der technischen Angestellten und Beamten bleibt auch hier im Freistaat Danzig nach wie vor die Einheitsorganisation aller Techniker.

Jungsozialistengruppe. Am Donnerstag, 2. Febr., abends 7 Uhr, im Parteibureau, 4. Damm 7, spricht Genosse Fr ü n g e l wiederum, und zwar über das Thema: Ferdinand Lassalle und seine Zeit. Der Vortrag ist gleichzeitig eine Fortsetzung der bisher gehaltenen Vorträge. Im Anschluß an die Ausführungen findet wiederum eine eingehende Aussprache statt. Die Mitglieder werden aufgefördert, möglichst zu erscheinen. Gäste willkommen.

Krieg und Naturgesch. In der ersten Stunde des Vortragskurses „Weltkrieg und Weltfrieden“ wurde durch den Genossen Dr. Hinz das Thema: Krieg und Naturgesch. behandelt. Der Redner widerlegte alle Gründe, die für die Annahme dieses Gesetzes sprechen, führte die Stimmen der großen Philosophen Heraklit, Hobbes, Schopenhauer u. a. an und kam zu dem Resultat, daß die Annahme, der Krieg sei Naturgesch. in nichts begründet ist. Eine kurze eingehende Aussprache zeigte das rege Interesse der Kursteilnehmer. Die nächste Stunde, die am Donnerstag, den 2. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Vortragsaal der Gewerkschaften, Hevelius-Platz 1-2, 2 Tr., stattfindet, beschäftigt sich mit dem Problem „Der Krieg als geschichtliche Erscheinung“. Karten zum Kursus sind in den bekannten Verkaufsstellen und an der Abendkasse zu haben.

Werbekunst-Veranstaltung. Der Kunstverein E. V. Danzig (Verein für Kunst und Kunstgewerbe) hat eine großartige Werbekunst-Veranstaltung ins Leben gerufen, die sich aus einer Reihe von Vorträgen über die Werbekunst aufbaut. Mit der Entwicklung des Danziger Geschäftslebens gewinnt auch mehr und mehr die Werbe- und Reklamekunst an Bedeutung. Man leidet sich von der geschmacklosen, schreienden Reklame ab und sucht auch auf diesem Gebiete das künstlerische herauszufahren. Allgemeines Interesse bei der Geschäftswelt dürfte daher der erste Vortrag der Veranstaltung erwecken, den Frau Elisabeth von Stephan-Hahn über: „Schauenspiele der Kunst“ halten wird. Einige Lichtbilder werden den Vortrag anschaulich machen.

Verhafteter Taschendieb. Am 28. Januar 1922 wurde einem Beamten der Schutzpolizei der Jerry Znamierowski, gebürtig in Polen, mit falschem Personalausweis, übergeben. Der Genannte hatte in der Markthalle einen Taschendiebstahl versucht, wurde aber von einem Fleischermeister dabei ergriffen. Bei seiner Durchsuchung wurden 1 Uhr mit Kette, 1 Granatbrose, 1 Paar Ohrkluge, 1 Armband, 12 Impfnadeln, 1 neues braunes Portemonnaie, 1 neue Geldtasche, 564,50 Mark deutsches und 6 Mark polnisches Geld vorgefunden, welche vermutlich auch von einem Diebstahl herrühren. Der Täter wurde dem Polizeigefängnis zugeführt.

An Alkoholvergiftung gestorben. Der Arbeiter Paul R., im Hause, feierte seinen Geburtstag und hatte hierzu seinen Freund, den Maurer August N. eingeladen. Hierbei haben sie beide mit Wasser verdünntem Brennspiritus derart ausgesprochen, daß bei ihnen infolge Alkoholvergiftung der Tod eintrat. Sie wurden in der Wohnung im Hausier aufgefunden. Der hinzugerufene Arzt konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen.

Ein gewalttätiger Freund. Der Fleischer Johann Karloska aus Danzig, der sich wegen Schleret in Untersuchungshaft befindet, hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Bedrohung mit Todschlag und unberechtigter Waffenführung zu verantworten. Der Angeklagte ist vorbestraft und stand u. a. vor dem Schwurgericht, weil er den Gastwirt Witte in Ohra erschossen hat. Es wurde damals Notwehr angenommen und deshalb auf Freisprechung erkannt. Jetzt war er mit einem Freunde in einem Gasthaus in Madau zusammen, und es wurde getrunken. Ohne jeden Anlaß warf er dann seinen Freund zu Boden und hielt ihn fest. Als der Freund ihn hat abzulassen, standen beide auf. Dann ergriff Karloska eine Pistole, die er ohne Waffenschein bei sich führte, und legte auf den Freund an und rief: Ich schieß dich tot. Tatsächlich schloß er auch, und die Kugel ging in die Wand. Darauf wandten der Freund und der Gastwirt ihm die Waffe aus der Hand. Das Urteil lautete auf 600 Mark Geldstrafe wegen Bedrohung und unberechtigter Waffenführung.

Schieds ohne Deckung. Der Kaufmann R. D. in Oliva hatte sich vor der Strafkammer wegen verschiedener Schwindereien zu verantworten. Wegen Betruges ist er bereits vorbestraft, und war jetzt wiederum wegen Betruges und Unterschlagung angeklagt. Er kaufte von einem Kaufmann

einen alten Motor für 8000 Mark und stellte ihm einen Scheid aus. Als der Kaufmann mit diesem Scheid auf die Bank kam und das Geld abheben wollte, wurde ihm erklärt, daß es nicht der erste sei, der diesen Versuch vergeblich macht. Es seien bereits sechs Personen mit diesem Scheid bewiesen. Das Konto ist von D. längst abgehoben worden. Weiter ließ der Angeklagte sich von einem Rentier ein Darlehn von 60 000 Mark geben und verpfändete ihm sein Inventar. Von diesem Inventar verkaufte er einen Wagen und ein Pferd. Für letzteres kaufte er allerdings Ersatz für den Wagen aber nicht. Das Gericht verurteilte ihn wegen Betruges und Unterschlagung zu 1 Jahr Gefängnis.

Polizeibericht vom 31. Januar und 1. Februar. Festgenommen 34 Personen, darunter: 1 wegen Bedrohung, 8 wegen Diebstahls, 1 wegen groben Unfugs, 1 wegen Sozialverweigerung, 2 wegen Schleret, 1 wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, 1 wegen Konterbande, 8 zur Festnahme aufgegeben, 18 in Polizeihaft. — Obdachlos: 8 Personen. — Gefunden: 1 Stb. Kneifer-Gut, 1 Hundepelz und 1 Hauschlüssel, abzuholen aus dem Hundebureau des Polizeipräsidenten, 1 Stb. Brosche (2 Mark-Stück) abzuholen von der Lehrerin Marta Breuel, Johannesberg 6, 2 Tr., 1 Schm. Dobermann ohne Halsband, graue Pfoten, abzuholen von dem Eisenbahnkassierer Anton Wischmann, Große Allee 5, 1 Schm. Jagdhund, Halsband Drahtgeflecht, abzuholen von Johann Preuß, Barthol.-Kirchengasse 4, 1 Tr., 1 kleiner gelber Hund, abzuholen vom Tischlermeister Ferdinand Löblich, Stadtgebiet 19, 1 schwarz-braun gefleckter Schäferhund, Steuermarkte 887, abzuholen vom Student Erich Ullm, Langgarten 28, 1 Tr. — Verloren: 1 braune Brieftasche mit circa 400 Mark Bargeld, für 300 Mark ungetempelt und 100 Mark getempelte Briefmarken und div. Papiere, abzugeben im Hundebureau des Polizeipräsidenten.

Veranstaltungs-Anzeiger

- Sozialdemokratischer Verein.** 5. Bezirk (Langsahr). Mittwoch, den 1. Februar 1922, abends 7 Uhr: Diskussionsabend beim Genossen Schmidt, Wirsauer Weg 62.
- Freie Volkshöhle.** Heute, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Petrischule, Hauptplatz: Mitgliederversammlung.
- Deutscher Holzarbeiter-Verband.** Donnerstag, den 2. Februar, abends 8 Uhr im Lokal Deuster, Maurerherberge: Vertrauensmänner-Versammlung.
- Konsum- und Spargenossenschaft, Bezirk Heubude.** Donnerstag, den 2. Februar, abends 7 Uhr bei Schönwiese: Bezirksversammlung.
- Sozialdemokratische Volksstadtkraktion.** Freitag, den 3. Februar, abends 8 Uhr: Wichtige Sitzung im Fraktionszimmer. Schriftliche Einladungen ergehen nicht.
- Deutscher Metallarbeiterverband:** Versammlungen der Klempner und Installateure bei Reimann, Fischmarkt: Freitag, den 3. Februar 1922, 3. März 1922, 7. April, 5. Mai, 2. Juni, 7. Juli, 4. August, 8. September, 8. Oktober, 8. November, 8. Dezember. Die Versammlungen beginnen um 8 Uhr.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Ausgl. —)	6,00	am Vortage 6,00
Dollar:	201	200



Referenznachrichten am 1. Februar 1922.

Zowischost	30. 1. 31. 1.	+ 1,38	+ 1,38	Rurzbrach	+ 1,20	+ 1,38
Warschau	30. 1. 31. 1.	+ 1,45	+ 1,50	Montaurepige	+ 0,51	+ 0,65
Plock	30. 1. 31. 1.	+ 1,50	+ 1,50	Piechel	+ 0,31	+ 0,46
Thorn	31. 1. 1. 2.	+ 1,40	+ 1,47	Dirschau	+ 0,71	+ 0,78
Körsen	31. 1. 1. 2.	+ 0,88	+ 1,02	Einlage	+ 1,24	+ 1,96
Eulm	31. 1. 1. 2.	+ 1,15	+ 1,30	Schienenhorst	+ 2,08	+ 2,20
Braubenz	31. 1. 1. 2.	+ 0,84	+ 1,12	Schönau D. P.	+ 6,60	+ 6,62
				Walgenberg D. P.	+ 4,66	+ 4,66
				Neuhorsterbüsch	+ 2,00	+ 2,00
				Anwachs	+ 0,70	+ 0,77

Eisbricht vom 1. Februar 1922. Weichsel: Von Kilometer 0 (Schilow) bis Kilometer 221,5 Eisstand mit Ausnahme der Strecken von Kilometer 64,7 bis 68, von Kilometer 71 bis 88 und von Kilometer 100 bis 110. Unterhalb Kilometer 221,5 bis zur Mündung Brucheis-treiben. Eisbrechdampfer „Mogal“ und „Drewenz“ bei Eisaufruch vor Ort bis Kilometer 221,5; „Ossa“ Streckendienst, „Montan“ kreuzt in der Mündung. „Brach“ liegt in Einlage. „Herje“ und „Schwarzwasser“ Aufeisungsdienst im Danziger Hafengebiet. Mogal: Eisdecke.

Kleine Nachrichten.

Frankreich zur Ernennung Rathenaus. Paris, 1. Febr. Zur Ernennung Dr. Walter Rathenaus zum Außenminister schreibt „Deuvre“: Präsident Ebert habe dadurch, daß er das Portefeuille für auswärtige Angelegenheiten einem Großindustriellen und volkswirtschaftlichen Sachmann übertragen habe, der sich in Wiesbaden, in London und in Cannes als ein sehr geschickter Unterhändler gezeigt habe, offiziell die Autorität bestätigt, die jener schon ausgeübt habe. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Popp in Danzig; für Inserate Bruno Gwert in Oliva. — Druck von J. Wehl & Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Ordnung: Rudolf Schaper.
Heute, Mittwoch, den 1. Februar, nachm. 3 Uhr.
Kleine Preise.

Rosenhildchen

Weihnachtsmärchen in 9 Bildern von Gertrud Schwegmann und Vera Orttberg.
Musik von Ludwig Schöpl.
Langenlagen.

Abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1.

Die große Leidenschaft

Lustspiel in drei Aufzügen von Raoul Auernheimer.
Schauspiel: Selma Brade. Inspekt.: Emil Werner.
Personen wie bekannt. Ende gegen 9 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 2.
Der Troubadour.

Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 2. Zum
zweiten Male. Anna Baloga. 6 Szenen.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr. Kleine Preise.

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 2.
Scherzo.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr. Kleine Preise. Rosen-
hildchen.
Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine
Gültigkeit. Zum letzten Male. Die Ballerina
des Abends.

Wilhelm-Theater

verehelicht mit dem Stadttheater Zappol. Dir. Otto Normann

Heute, Mittwoch, den 1. Februar,

abends 7 1/2 Uhr

Kasseneröffnung 6 Uhr

„Der Tanz ins Glück“

Operette in 3 Akten von Robert Stolz.

Freitag, den 3. Februar:

„Der Tanz ins Glück“

Sonntag: „Der Vogelhändler“

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt
von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr
an der Theaterkasse. (5660)

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Bahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue
Gebisse, Reparaturen in einem
Tage. Spezialität: Gebisse ohne
Platte. Gold-Kronen usw. unter
voller Garantie.

Dankschreiben über schmerzloses
Zahnziehen. Niedrige Kostenbe-
rechnung.

Institut für Zahleidende

Telef. 2621 Bieffersstadt 71^I Telef. 2621

Durchgehende Sprechzeit von 8-7 Uhr.

Geschlechtsleiden

und ihre Behandlung durch unschädliche lang-
erprobte **Kräuterkuren ohne Einspritzung**
und ohne Berufsstörung bei frischen und
veralteten Leiden. Ausführliche Broschüre mit
Anweisung zur Selbstbehandlung und vielen
Dankschr. versendet diskret gegen Mk. 5.—
Dr. C. K. Rauscher, med. Verlag, Hannover, Odeonstr. 3 (z)

Künstlerspiele

Hotel Danziger Hof

Direktion: Alex Braune

Februar-Programm!

Rita Tati | Singliewski Iwanili

Vortragskünstlerin | Tanzschöpferin

Manesi Barogh | Camerona

ungarische Soubrrette | akrobatische Tänze

Tom Jersey | Familie Urjani

Handschattenspieler | komische Akrobaten

Pirnikoff und Pirnikowna

in ihrem Tanzsketch

Carl Braun | Mestrum

Komponistendarsteller | kom. Typendarstellung

Laszy und Aennie

bestes mondaines Tanzpaar

vom Palais de Danse, Berlin

Tägl. Vorst. 8 Uhr Sonntags 2 Vorst. Nachm. 4 Uhr

KÜNSTLERDIELE

Die Original Wiener Schrammeln

American Bar! Stimmung!

Linden-Kabarett

Altstadt, Graben 93 | Direktion: Gust. Rasch | Telefon 2908

Eröffnung: ~~am~~ Heute ~~am~~ abends 8 Uhr

Ab 6 Uhr: **Künstler-Konzert**

der Hauskapelle. (6049)

Eröffnungs-Kabarett-Programm:

Mia Stahl | Hans Schwarz | Roberti

Operetten-Sängerin | Opera-Stimmungssänger und Ansager | das Musik-Genie

Lieseri u. Moar | Edchen Danziger

der fidele Bauer auf'm Heuboden | Humorist

Warme Küche bis 3 Uhr nachts geöffnet

Kaiser-Kaffee Passage

Telefon Nr. 3380 | Inh.: H. Glasow

Internationales Kaffee ohne Musik

Restaurant — Spielsäle

Größter Billardsaal im Freistaat

ff. Küche von 9 Uhr morgens bis Lokalschluß

Spezialität: Hühnerbrühe und ung. Gulasch

Weine der Firma Tesdorpf, Lübeck

Flaschenverkauf

Reichhaltigste Auswahl in- u. ausländischer Zeitungen am Platze

Möbelverkauf sehr billig!

Ganze Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel,

auch Büromöbel (5550)

Danziger Möbelfabrik

IV. Damm Str. 8. | Telefon Nr. 5623.

Danziger Sing-Akademie E. V.

Freitag, 3. Februar, abds. 7 Uhr, im Schützenhause
zum Besten der Lungenheilstätte Jenkau

Die Jahreszeiten

Oratorium für Soli, Chor und Orchester v. J. Haydn.

Solisten: Estelica Negera (Sopran), Berlin; Fredy Busch (Tenor)
und Franz Fihou (Bass), Danzig. — Chor: Die Danziger Sing-
Akademie unter freudlicher Mitwirkung des Langfuhrer Männer-
Gesang-Vereins sowie von Herren des Danziger Lehrer-Gesang-
Vereins und des Lehrer-Seminars.
Orchester: Kapelle des Stadtwehres. Leitung: Fritz Binder.

Karten zum Preise von Mk. 20.—, 15.—, 12.—, Stehplatz 6.— Mk.
vom 27. Januar an in der Buchhandlung von Homann & Weber,
Langermarkt 10, in der Zeit v. 8-1 u. 3-6 Uhr u. an der Kasse.

Verlangen Sie die
„Volksstimme“
in den Gaststätten!

Die Sparkasse der Stadt Danzig

Jospengasse 30/38

gewährt

Darlehen u. laufenden Kredit

gegen Unterpfand oder Bürgschaft

und übernimmt in gleicher Weise

Bankgarantien

zwecks Einrichtung von Spardarstellungen für

Bälle u. a. m.

Der Sparkassenvorstand.

Robert Ehmann

Altstädtischer Graben 3

neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.

Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren

Anfertigung allen Herrengarderoben nach Maß

Damen-Kostüme und Mäntel.

Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufge-
legenheit zu niedrigen Preisen. (5242)

Hüte

für Damen und Herren

werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten

Formen bei sorgfältigster Ausführung in

kürzester Zeit

umgepreßt,

gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik

Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle

nur Lawendelgasse Nr. 6-7.

(gegenüber der Markthalle). (4388)

Gut erhalt. Sabelbank

zu kaufen gesucht.

O. Stahl, Am Stein 7, 2 Treppen.

Volksfürsorge,

Gewerkschaftlich-Vereinsfö-

hentliche Versicherungs-

Anteilgesellschaft

— Sterbekasse —

kein Polteambesatz.

Günstige Tarife für

Erwachsene und Kinder.

Zuschuß in den Bezirken

der Arbeiterorganisationen

und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig

Bruno Schmidt,

Maittenbuden 36.

High Class

Virginia

Tobacco for Pipe.

In allen einschlägigen

Geschäften erhältlich.

Jede Nähmaschine

reparieren schnell

Wilken & Söhne

Hl. Geistgasse 127.

Fernruf 1237.

5864

Nähmaschinen

und Fahrräder

werden gekauft.

Offerten unt. M. 105 an die

Expedit. dieser Zeitung. (6032)

Badeanstalt

Hanabad

Hansaplatz 14 Tel. 1533

3 Min. vom Hauptbahnhof.

Wannen-, Moor-, Fichtnadel-,

Kohlensäure- u. alle anderen

medizinischen Bäder. Gegen

Gicht, Rheumatismus und

Grippe russisch-römische

Bäder. (5951)

Maschinenschreiben

auch auf poln. Masch.

Tages- und Abendkurse

Otto Slade, Neugarten 11. I

Maskengarderoben

verleiht billig (5917)

Schibowski, Ritterg. I.

Mädchen

für den ganzen Tag per

sofort gesucht. (6053)

R. Lietzow, Rammbau 4.

Preiswertes Angebot.

Damen-Spangenschuhe	110 ⁰⁰
moderne Ausführung	
Damen-R.-Chev.-Halbschuhe	189 ⁵⁰
Lackkappe, amerikan. Absatz	

Damen-R.-Boxleder-Schnürstiefel	250 ⁰⁰
Starker Sirapazierstiefel	
Herren-Boxcalf-Schnürstiefel	295 ⁰⁰
moderne Form, gute Verarbeitung	

Für Ball und Gesellschaft:

Brokat-Schuhe	Seiden-Schuhe	Sammet-Schuhe
Lack-Spangenschuhe	Herren-Lack-Halbschuhe	Lack-Stiefel
Damen-Strümpfe	Restposten:	Herren-Socken
	Damen-Lack-Halbschuhe 250 ⁰⁰	



Zentrale: Gr. Wollwebergasse 2-3
Langgasse 10
Langfuhr: Hauptstraße 117
Zoppot: Seestraße 37 (5836)